

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,

Sie alle, wir alle haben ganz sicher bereits unzählige Male das Schlagwort vom lebenslangen Lernen in den Mund genommen, dieses Schlagwort, das die etwas modernere Variante des „Man lernt nie aus“ ist. Lebenslanges Lernen bedeutet, mit der Entwicklung Schritt zu halten, indem man stetig das eigene Instrumentarium erneuert, es den modernen Erfordernissen anpasst und dabei gegebenenfalls auch auf die Hilfe professioneller Vermittler zurückgreift.

„Lebenslanges Lernen“ ist ein Begriff, der sich auf der Basis einer immer schneller werdenden gesellschaftlichen Entwicklung gebildet hat, einer Entwicklung, mit der es oft schwer ist, Schritt zu halten, vor allem dann, wenn man glaubt, dass die eigene Bildung mit dem Ende der Ausbildung abgeschlossen sei. Ein Irrtum, dem viele, allzu viele vor allem ältere Menschen erliegen.

Meine Damen und Herren, werte Abgeordnete: Das Erfordernis des lebenslangen Lernens gilt heute für alle: für den Schüler genauso wie für den Lehrer, für den Handwerker wie für den Akademiker, für den Kaufmann genauso wie für die Hausfrau.

Nun behaupten böse Zungen, die einzige Kategorie, die sich dem lebenslangen Lernen verschließe, vielleicht sogar dem Lernen an sich, sei die Politik. Politiker, so wird uns allzu oft vorgeworfen, seien nicht lernfähig, versuchten doch nur, althergebrachte Modelle auch durch erneuerte Rahmenumstände zu retten, sie verbrächten ihre Tage damit, alte Zöpfe zu flechten, denn Erneuerung – so die Theorie dahinter – gehe immer auch mit Machtverlust einher.

Nun, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir haben nun mehr denn je die Chance, diesen Glauben als Irrglauben zu entlarven, dieses Urteil als Vorurteil, diese Einschätzung als Fehleinschätzung. Denn eines können Sie mir glauben: Die Umstände, die Rahmenbedingungen des politischen Handelns haben sich allein im laufenden Jahr derart verändert und werden sich im kommenden Jahr noch weiter derart verändern, dass mit dem Flechten von alten Zöpfen kein Staat mehr zu machen sein wird. Wir können beweisen, dass wir eben nicht die Kategorie sind, die sich dem lebenslangen Lernen verschließen. Wir können es beweisen oder besser: wir müssen es beweisen, denn ein „Weiter so“ ist schlicht und einfach nicht möglich.

Warum diese Einführung? Ganz einfach: Ich stehe zwar beileibe nicht zum ersten Mal hier, um eine Haushaltsrede zu halten, ich stehe aber zum ersten Mal hier, um eine Rede zu einem geschrumpften Haushalt zu halten. In den letzten zwei Jahrzehnten konnte ich hier immer verkünden, der Haushalt sei im Vergleich zum Jahr zuvor wieder gewachsen und die schlechteste Nachricht, die ich bis dato überbringen musste, war jene von einem Zuwachs, der geringer ausgefallen war als noch im Jahr zuvor.

Diese Situation hat sich geändert. Grundlegend geändert, denn die weltweite Wirtschaftskrise lässt auch uns nicht kalt. Weltweit sinkende Absatzzahlen, weltweit sinkende Kaufkraft, weltweit steigende Vorsicht und Wachsamkeit, weltweit sinkender Konsum können an unseren Unternehmen und deren Umsätzen nicht spurlos vorüber gehen. Nachdem Südtirol keine Insel ist, bekommen unsere Unternehmen – und mit ihnen auch die Mitarbeiter – die Auswirkungen der Krise zu spüren, und zwar nicht nur jene Betriebe, die auf den Export setzen. Nein, auch Betriebe, die nahezu gänzlich im eigenen Land wirtschaften, hatten und haben Einbußen zu verzeichnen.

Die Frage nach dem Warum ist schwer zu beantworten, kommt der Einzelne doch kaum einmal in Berührung mit der Krise. Sicher, auch wir haben mehr Arbeitslose als noch vor einem Jahr, wir haben mehr Leute im Lohnausgleich oder in Mobilität, aber so tragisch der einzelne Fall auch sein mag, zum Massenphänomen ist – zum Glück – weder die Arbeitslosigkeit, noch der Lohnausgleich oder die Mobilität geworden. Und nur die Wenigsten werden in der Krise ihr Hab und Gut verloren, sich an der Börse verspekuliert, Kapital in besorgniserregenden Ausmaßen verbrannt haben.

Letztendlich ist es deshalb wohl auch ein psychologischer Faktor, der der Wirtschaft zu schaffen macht. Hat der Einzelne das Gefühl, er müsse sich für schlechte Zeiten rüsten, wird er den Konsum zurückfahren und seine Investitionsbereitschaft drosseln. Er wird, wie man so schön sagt, sein Geld beisammen halten. Ergo sinken Konsum und Investitionen, es sinken Umsatzzahlen und Gewinne und damit auch die Steuereinnahmen: IRAP, Mehrwertsteuer, Einkommenssteuer: All diese Einnahmen sind im laufenden Jahr zum Teil nennenswert gesunken und das ist selbstverständlich nicht nur ein Problem des Staates. Vielmehr wirken sich die sinkenden Steuereinnahmen auch direkt auf unseren Haushalt aus, reißen Löcher, lassen ihn schrumpfen.

Soweit die schlichte Erkenntnis einer Kausalkette, an deren Ende – von den zahlreichen Einzelschicksalen einmal abgesehen – ein Haushalt steht, der kleiner ausfällt als in den

Jahren zuvor. Beträchtlich kleiner, wenn auch – lassen Sie mich das betonen – nicht besorgniserregend kleiner. Und erlauben Sie mir noch eine zweite Einschränkung: Er fällt beträchtlich kleiner aus, weil wir ihn sehr vorsichtig geschnürt haben: Sicher, wir haben vor wenigen Tagen nach langwierigen Verhandlungen mit Rom eine Lösung für die künftige Finanzierung unserer Autonomie und unserer Zuständigkeiten erreicht. Eine Lösung, die es uns ermöglicht, mit künftigen Haushalten zu rechnen, die etwa dieselbe Höhe erreichen werden wie der vorliegende. Eine Lösung, die in Zukunft die unsicheren Verhandlungen rund um den veränderlichen Anteil unserer Finanzen, um die Ersatz-Mehrwertsteuer auf Importe oder die Beteiligung an den so genannten Sektorenengesetzen obsolet macht. Eine Lösung also, die garantierte Einnahmen an die Stelle unsicherer, oft nur noch virtueller Einnahmen setzt.

Doch gerade was den Ausbau unserer Autonomie betrifft, sprich: die Übernahme weiterer Zuständigkeiten, sind die Verhandlungen noch im Gang. Und dieses Paket, in dem sich vor allem neue Zuständigkeiten in Sachen Lohnausgleich und andere, den Arbeitsmarkt stützende Maßnahmen finden, aber auch die Finanzierung der deutschen und ladinischen Programme der RAI oder die Mitfinanzierung unserer Universität, dieses Paket umfasst immerhin Zuständigkeiten in einem Ausmaß von runden 100 Millionen Euro.

Sie sehen also: An Fragezeichen gibt es nach wie vor viele, die meisten davon werden erst im Laufe des kommenden Jahres verschwinden, ein Nachtragshaushalt ist wahrscheinlich, aber durchaus nicht sicher. Also sicher kein Grund, in Panik zu verfallen, noch weniger aber ein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Ich habe im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise irgendwann irgendwo gelesen, das chinesische Wort für Krise setze sich aus zwei Schriftzeichen zusammen: Das eine stehe für Gefahr, das andere für Chance. Nun kann ich dieses Diktum nicht verifizieren, weil es mit meinem Chinesisch nicht zum Besten steht, aber, wie man trefflich sagt: ist es nicht wahr, ist es doch zumindest gut erfunden, denn auch wenn es nach Binsenweisheit klingt: Jede Krise ist auch eine Chance. Die Chance, einiges anders zu machen, die Chance, einiges neu zu machen, die Chance, alte Zöpfe abzuschneiden, die Chance, bisher heilige Kühe zu opfern.

Eines möchte ich hier gleich anführen: Es mag sich für einige anhören wie ein Hohn, wenn ich über die Krise als Chance rede, zumal für die, die jegliche Chancen verloren zu haben glauben, weil sie krisenbedingt ihren Job verloren haben, im Lohnausgleich oder auf den Mobilitätslisten gelandet sind. Die entsprechenden Statistiken sind durchaus eindrucksvoll:

So haben wir in der ordentlichen Lohnausgleichskasse ein Stundenplus von mehr als 800 Prozent zu verzeichnen, wir haben zusätzlich dazu die außerordentliche Lohnausgleichskasse, in der sich zuletzt 60 Menschen wiedergefunden haben. Und wir haben eine Arbeitslosigkeit, die im Vergleich zum Vorjahr um satte 43 Prozent gestiegen ist. Zahlen, die – wie ich bereits erwähnt habe – beeindrucken, die allerdings relativiert werden müssen. Relativiert durch die Tatsache, dass wir von einem sehr, sehr niedrigen Niveau gestartet sind: Praktisch hat bis zum Beginn der Krise in Südtirol Vollbeschäftigung geherrscht und von der Vollbeschäftigungsmarke – das sei hier unterstrichen, um die obigen Zahlen ins rechte Licht zu rücken – sind wir auch jetzt nicht weit entfernt.

So tragisch demnach der einzelne Fall ist: Von einem Fehler im System kann man nicht sprechen, auch von keiner Krise, die unseren Arbeitsmarkt ins Wanken gebracht hätte. Unser Arbeitsmarkt ist nach wie vor stabil, es gibt – in der Draufsicht – keinen Grund zur Panik, ja nicht einmal zur Beunruhigung. Mehr noch: Wenn wir annehmen, dass die Talsohle der Krise erreicht ist – und so einiges spricht dafür – dann sind wir auch auf dem Arbeitsmarkt mit einem blauen Auge davon gekommen.

Wir sind uns aber durchaus dessen bewusst, dass ein blaues Auge für eine Gesellschaft heißt, dass es Menschen gibt, die grün und blau geschlagen aus der Krise hervorgehen. All diese Schicksale im Gefolge von verlorenen Jobs, fehlendem Einkommen, düsteren Zukunftsaussichten, von verlorenem Selbstwertgefühl und einem Leben, das von heute auf morgen aus den Angeln gehoben wird, lassen uns nicht kalt und auch nicht untätig.

Im Gegenteil: Schon früh haben wir Maßnahmen gesetzt, um diejenigen, die ihren Job wegen der Krise verlieren, möglichst gut aufzufangen. Und das hieß zuallererst, das Auffangnetz enger zu knüpfen, sind bis zu diesem Zeitpunkt doch beispielsweise Entlassene aus kleinen Betrieben durch die allzu weiten Maschen gefallen. Und dann? Dann sind weitere Schritte zugunsten der Krisenopfer gefolgt: Außerordentliche Sozialmaßnahmen, die Aufstockung des Arbeitslosengeldes, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die Entlohnung von Kursbesuchen, aktive Arbeitsmarktpolitik, die Neufassung der Einkommensberechnung etwa bei Stipendien, die Stundung von Wohnbaudarlehen, aber auch die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben durch die Unterstützung von Investitionen im privaten wie im öffentlichen Bereich oder die Hilfe bei der Beschaffung von Krediten durch die Unterstützung der Garantiegenossenschaften.

All diese Maßnahmen, davon bin ich überzeugt, sind mehr als nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie sollen den grün und blau Geschlagenen, um beim Bild von vorhin zu bleiben, Linderung verschaffen: zuallererst finanziell, aber auch, und hier zählen vor allem

die gezielten Arbeitsmarkt- und Bildungsmaßnahmen dazu, in Form neuer Aussichten, neuer Zukunftschancen. Schließlich ist ein Job viel mehr als nur ein Broterwerb. Er gibt Halt, er schafft einen Platz in der Gesellschaft, er verspricht Sicherheit.

All dies, meine Damen und Herren, ist uns bewusst, wenn wir über die Krise sprechen, wenn wir davon sprechen, dass wir mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein scheinen und wenn ich hier von der Krise als Chance spreche. Sicher, die Krise hat Chancen zunichte gemacht, sie bietet aber zahllose neue, die es zu ergreifen gilt, und ich wiederhole gerne noch einmal: Chancen, einiges anders zu machen, Chancen, einiges neu zu machen, Chancen, alte Zöpfe abzuschneiden, Chancen, bisher heilige Kühe zu opfern.

Ich sehe nun vor meinem geistigen Auge schon, wie sich die Volksabstimmungs-Befürworter und all jene, die auf diesen Zug aufgesprungen sind, die Hände reiben. So nach dem Motto: Jetzt versteht er's auch, das System Südtirol ist nicht zu halten. Nein, falsch! Ganz abgesehen davon, dass ich es bedenklich finde, in Zusammenhang mit unserem politischen Gefüge abwertend vom „System Südtirol“ zu sprechen, so als ob die ganze Gesellschaft an den selben Fäden hängen, von den selben Spielern bewegt würde. Ganz abgesehen davon, bin ich keiner, der aufgrund einer Krise, einer Wirtschaftskrise noch dazu, das politische System in Frage stellen würde. Und ich bin noch weniger einer, der etwas davon hält, einzelne Steine dieses Systems ins Wanken zu bringen.

Lassen Sie mich dies hier noch einmal ausdrücklich sagen: Ich bin kein Feind der direkten Demokratie, keiner, der das Volk aus politischen Entscheidungen heraushalten möchte. Ich bin aber dagegen, das Volk zu jeder Detailfrage abstimmen zu lassen. Für diese Gegnerschaft gibt es verschiedene Gründe: Einer davon ist, dass ich nicht glaube, dass ein solches System effizient wäre, schnell auf Veränderungen reagieren könnte. Im Gegenteil: Was die Verfechter einer weitgehenden direkten Demokratie verschweigen, ist die Tatsache, dass ein solches System konservativ wirkt, den Status quo eher zu zementieren als Veränderungen herbeizuführen weiß.

Zum zweiten ist gerade unser politisches System, das aufgrund der verschiedenen Sprachgruppen und Minderheiten, die hier leben, ein sehr sorgfältig ausbalanciertes, austariertes ist. Eines, mit zahlreichen Schutzmechanismen, mit Gewichten und Gegengewichten. Gerade in einem Land, in dem unterschiedliche Volksgruppen beisammen leben, ist eine bedingungslose Herrschaft der Mehrheit nicht zu verkraften. Sie

würde sich, dieser Meinung bin zumindest ich, in eine Diktatur der Mehrheit verwandeln mit allen Folgen, die dies für Minderheiten hätte.

Auch hierzu ist von den Verfechtern der Basisdemokratie behauptet worden, wir würden lediglich Panik machen, Minderheitenrechte könnten nie Gegenstand von Volksabstimmungen sein. Stimmt, ist aber zu kurz gegriffen. Nicht jede Angelegenheit, die von den Volksgruppen unterschiedlich gesehen wird, ist gleichzeitig ein Minderheitenrecht. Was, wenn es etwa um den Bau oder die Finanzierung einer Kultureinrichtung in einem italienischen Stadtteil von Bozen geht? Was, wenn wir über eine Umfahrung im Gadertal oder in Gröden reden? Sind das Minderheitenrechte? Nein! Und trotzdem entscheidet eine Mehrheit von Nicht-Italienern oder Nicht-Ladinern über eine in erster Linie italienische oder ladinische Angelegenheit. Und die selben Beispiele könnte man mit den Bezirken anführen? Was, wenn es um Einrichtungen für das Wipptal geht? Wie sollen sich die Wipptaler gegen den Rest des Landes durchsetzen?

Und drittens: Ich glaube nicht, dass die Bürger rationaler und daher besser entscheiden als ihre gewählten Vertreter. Ich glaube nicht, dass sie imstande sind, sich eine unbeeinflusste, objektive, sachliche und umfassende Meinung zu jedem Detailbereich zu bilden. Nein, nicht weil die Bürger zu dumm dafür wären, sondern weil erstens die Zeit fehlt, sich in jede Materie eingehend einzuarbeiten, weil zweitens aber auch die Möglichkeit fehlt, sich objektiv, sprich: sachlich, unbeeinflusst und umfassend zu informieren. Was wäre die Folge: Die Folge wäre eine ungeheure Macht der Medien, die Meinungen sehr stark zu beeinflussen imstande wären, die Folge wären Vorteile für alle populistischen Überlegungen, denn einfache Denkweisen verfangen nun einmal wesentlich mehr als differenzierte Überlegungen. Und letztendlich wäre die Folge nur die Verlagerung der repräsentativen Demokratie auf eine andere Ebene: dann nämlich, wenn Parteien vorgeben, wie abzustimmen ist, und Parteianhänger dem folgen.

Also: Wenn ich davon spreche, es gebe kein „Weiter so“, dann meine ich damit nicht, man müsse das gesamte politische System ändern. Dafür besteht keine Notwendigkeit, hat sich dieses System in den letzten Jahren doch als stabil, als handlungsfähig und – wenn es so manch einem in diesem Haus auch nicht passt – als erfolgreich erwiesen.

Wenn ich also davon rede, dass es ein „Weiter so“ nicht gebe, dann beziehe ich das auf den Haushalt. Dort müssen wir uns vom „Weiter so“ verabschieden, schlicht und einfach, weil dieses „Weiter so“ nicht mehr finanziert wären. Was wir also getan haben, war, den Haushalt neu zu ordnen, zu strukturieren, herauszuarbeiten, welche Bereiche wir als

strategische empfinden. Diese strategischen Bereiche haben trotz der allgemeinen Haushaltskürzung keine wesentlichen Kürzungen erfahren, sind im Vergleich zum Vorjahr gleich gehalten, in manch einem Fall sogar um einiges angehoben worden.

Welche sind also diese strategischen Bereiche: Es ist dies allen voran die Bildung. Oft genug ist angeführt worden, dass Bildung eine Investition in die Zukunft sei. Eine Erkenntnis, der ich ohne Wenn und Aber zustimmen kann. Oft genug wischt man mit diesem Argument allerdings auch jede Diskussion um die Kosten der Bildung vom Tisch. Wie, so hört man dann, kann die Landesregierung es wagen, bei der Bildung, bei der Ausbildung unserer Kinder zu sparen, sind die Kinder doch unsere Zukunft. Richtig, vollkommen richtig auch dieses Argument.

Ein Argument, dem wir uns im Übrigen nie verschlossen haben: Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel in unser Bildungssystem investiert, wir haben es gemeinsam mit hoch motivierten Lehrerinnen und Lehrern, Direktorinnen und Direktoren und – warum nicht – auch Schülerinnen und Schülern zu einem Bildungssystem gemacht, das den internationalen Vergleich – siehe PISA – nicht zu scheuen braucht. Wir haben von den Schulreformen übernommen, was uns wichtig und richtig erschien, wir haben den Kindergarten als vollwertigen Bestandteil in das System einbezogen, wir haben eine Infrastruktur bereit gestellt, die ihresgleichen sucht.

Aber: Das Argument der Bildung als Investition in die Zukunft, an der man nicht sparen dürfe, soll uns, darf uns nicht davon abhalten, die Kosten der Bildung zu durchleuchten. Es darf nicht dazu führen, dass alle Forderungen aus dem Bildungsbereich dem Land gegenüber diskussionslos akzeptiert werden müssen. Auch in der Bildung, meine Damen und Herren, gibt es Ausgaben, die unnütz sind, gibt es Bereiche, in denen die Geldmittel nicht effizient eingesetzt werden. Den gesamten Bereich auf diese faulen Stellen hin zu durchleuchten ist nicht nur eine Aufgabe für uns alle, allen voran die Bildungsverantwortlichen, es ist auch eine Notwendigkeit aufgrund knapper werdender Mittel. Sie sehen hier bereits: Die Krise ist immer auch Chance.

Ein ähnliches Argument gilt für das Gesundheitswesen, in das nach wie vor der Löwenanteil unseres Budgets fließt. Auch hier gilt: Wer will schon an der Gesundheit sparen, am höchsten Gut, am wichtigsten, was der Einzelne haben kann? Niemand will sparen, zumindest nicht an den Diensten für den Bürger oder in diesem Fall: Patienten. Es wird weiterhin eine Grundversorgung an allen Krankenhäusern des Landes gewährleistet,

es wird weiterhin die Qualität hochgehalten, die wir in den vergangenen Jahren dank des Einsatzes aller Mitarbeiter – ärztlicher wie nicht-ärztlicher – erreicht haben. Eine Qualität, für die uns so manch einer beneidet.

Nicht an der Qualität sparen, nicht am Patienten sparen, ist aber nicht gleichbedeutend mit: gar nicht sparen. Es kann sehr wohl gespart werden, ohne dass der Patient davon negativ betroffen wäre. Etwa in der Verwaltung, durch einen effizienteren Einsatz von Ressourcen, von Personal und Mitteln. Es kann gespart werden, indem wir die klinische Reform endlich angehen, die die Einrichtung von Kompetenzzentren vorsieht, eine Spezialisierung, die Kostenersparnis und Qualitätssteigerung gleichermaßen mit sich bringen wird.

Und es kann gespart werden, indem den Basis-, den Hausärzten wieder die Rolle zurückgegeben wird, die ihnen in unserem Gesundheitssystem zugeschrieben ist. Jene des ersten Ansprechpartners eines jeden Patienten, jene eines Filters, der dafür sorgt, dass nur Fälle an die Krankenhäuser überstellt werden, die auch tatsächlich dorthin gehören. Es ist dies die Aufgabe der Hausärzte, eine Aufgabe, die sie dank ihrer fundierten Ausbildung auch durchaus gewachsen sind. Nur so können die Krankenhäuser, vor allem die Notfallstationen entlastet werden, nur so können die Einrichtungen besser genutzt werden, nur so können Wartelisten abgebaut werden, nur so können sich die Spezialisten in den Krankenhäusern auch wirklich auf das konzentrieren, was ihr Job ist: Spezialisten zu sein und keine Generalisten, Psychotherapeuten oder Beichtväter.

Das Gesundheitswesen, das sei hier unterstrichen, ist nicht ganz unbeschadet aus den Kürzungen hervorgegangen. Dies liegt an den Gründen, die ich eben aufgezählt habe: Wir sind der Meinung, dass es durchaus Einsparpotential gibt, dieses muss ausfindig gemacht und genutzt werden. Wenn also die Summe, die dem Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt wird, nicht niedriger liegt als im Vorjahr, dann hat das nicht damit zu tun, dass wir es von Kürzungen gänzlich ausgenommen hätten. Vielmehr hat es damit zu tun, dass gewisse Personalkosten in der Sanität künftig nicht mehr über das Personalkapitel bezahlt werden, sondern über das Gesundheitskapitel.

Und wenn wir schon bei fundamentalen Bereichen sind, in denen nicht gespart werden sollte, dann darf hier auch das Sozialwesen nicht fehlen. Auch hier ist es fast schon ein politisches Tabu, den Hebel ansetzen zu wollen. Sicher: Wenn wir kein sozial kaltes Land werden, wenn wir unsere Bürger in Notsituationen nicht sich selbst überlassen wollen, dann dürfen wir den Sozialbereich nicht ausbluten, nicht totsparen.

Aber ist jede Kürzung oder jede Nicht-Aufstockung der Sozialkapitel gleich soziale Kälte, muss sie gleich einen Abbau der Sozialleistungen mit sich bringen, muss man gleich den Teufel darbender alter und nicht mehr betreuter Menschen mit Behinderung an die Wand malen? Wenn man das tut, dann versucht man nichts anderes, als die Diskussion über die Organisation der Sozialleistungen – nicht einmal der Leistungen selbst, sondern lediglich von deren Organisation – im Keim zu ersticken. Man erschlägt eine solche Diskussion mit der moralischen Keule der sozialen Kälte.

Wir, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sollten solche Tabus nicht gelten lassen. Wir sind dafür gewählt worden, dieses Land bestmöglich zu verwalten, ihm eine sichere Zukunft zu garantieren. Wir sind nicht gewählt worden, um heikle Themen gekonnt zu umschiffen. Wir sind auch nicht gewählt worden, um Tabuthemen zuzulassen. Also gilt für uns in der Landesregierung – und hoffentlich auch hier im Plenum: Wir müssen auch über die Kosten des Sozialsystems diskutieren, wir müssen uns dessen Organisation ansehen, wir müssen Einsparungspotentiale ausfindig machen und werden dies auch tun. Und eines können Sie sicher sein: Der Betreute, der einzelne Bedürftige, der, der auf das Sozialsystem angewiesen ist, wird von Einsparungen nichts merken. Denn Sparen heißt nicht automatisch Leistungskürzung, es heißt in erster Linie Effizienz.

Forschung und Entwicklung: Noch so ein Bereich, den wir als strategisch erachten. Immer noch ist die Innovationskraft unserer Unternehmen nicht die, die wir uns für eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit wünschen würden. Dies liegt nicht zuletzt an der Struktur unseres Wirtschaftssystems: Klein- und Kleinstbetriebe kennzeichnen diese Struktur, Ein-Mann-, Zwei-Mann-, Drei-Frau-Betriebe, Familienbetriebe. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, sie sind flexibel, sie fangen Krisen dadurch ab, dass sie Einbußen in Kauf nehmen – beim Einkommen genauso wie bei der Lebensqualität. Mehr arbeiten für weniger Geld: Dies kann ein Rezept sein, das über die Krise hilft, es ist aber ein Rezept, das eben nur in solchen Kleinstbetrieben anwendbar ist und es ist ein Rezept, das kurzfristig funktioniert, aber keine langfristige Strategie sein kann.

Bei aller Flexibilität, bei aller Opferbereitschaft: innovativ sind Kleinstbetriebe nie von allein. Oder anders: Wer als Handwerker täglich im Einsatz ist, gleichzeitig die Büroarbeit macht und vielleicht auch noch eine stetige – weil, Stichwort: lebenslanges Lernen, notwendige – Fortbildung im Auge hat, wird kaum Zeit und Lust aufbringen, sich konzeptionelle Gedanken zu machen, Projekte auszutüfteln, an neuen Diensten und Produkten zu arbeiten. Dies ist nicht machbar, es sei denn, diese Kleinstbetriebe setzen

auf die Innovationskraft im Team. Seit Jahren fördern wir deshalb den Austausch unter den Unternehmen, wir fördern den Austausch mit Forschungseinrichtungen, von denen wir auch neue nach Südtirol locken wollen, siehe: Fraunhofer-Gesellschaft, und wir fördern die Clusterbildung: Der Austausch, die Kooperation, das Miteinander sind der einzige Weg, unsere Unternehmen auf die Innovationsstraße zu bekommen und sie dort zu halten. Und diese Straße ist die einzige, die langfristig zum Erfolg führt.

Die Wirtschaft, meine Damen und Herren, gleicht mehr dem Sport als der Bibel: Nicht die Letzten werden demnach die Ersten sein, sondern Sieger ist nur, wer als Erster am Ziel ist. Wobei „als erster am Ziel sein“ heißt, als erster ein neues Produkt auf den Markt zu bringen, als erster einen neuen Dienst anzubieten oder als erster ein bereits bestehendes Produkt derart zu optimieren, dass es allen anderen Konkurrenzprodukten meilenweit voraus ist. Für diesen Vorsprung, sehr geehrte Kollegen, gilt es zu arbeiten. Für diesen Vorsprung gilt es, nicht nur in den Unternehmen zu arbeiten, diesen Vorsprung müssen auch wir hier im Landtag, wir hier auf der Regierungsbank für die Unternehmen erarbeiten, indem wir ihnen die Mittel und Instrumente bereitstellen, die sie brauchen: von der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter über die nötigen Forschungs- und Entwicklungsinstitute bis hin zu Standortmarketing aber auch bürokratischer und finanzieller Entlastung.

Lassen Sie mich die Themen bürokratische und finanzielle Entlastung noch einmal kurz aufschieben, um Ihnen ein Beispiel zu nennen, das mehr als deutlich zeigt, dass das Zusammenspiel zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und der öffentlichen Hand funktioniert. Es ist vielleicht das Musterbeispiel schlechthin: das KlimaHaus. Wer den Leuten weiszumachen versucht, dass energieoptimiertes Bauen eine Südtiroler Erfindung sei, der schwindelt. Aber auch wenn wir dieses geniale Konzept nicht geboren haben, so haben wir es doch verstanden, diesen Trend aufzugreifen, das gesamte handwerkliche Know-How in diesem Bereich zu bündeln und all dies unter die Marke „KlimaHaus“ zu stellen. Diese Marke ließ sich vermarkten, mit dieser Marke haben wir auch die Grenzen Südtirols überschreiten können, diese Marke ernährt heute zahlreiche Familien.

Wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, durch den Know-How-Transfer und die nötigen Zertifizierungen, durch die gesetzliche Festschreibung des KlimaHaus-Standards und letztendlich auch durch Aktionen wie den Kubaturbonus für energieeffizientes Bauen oder eine energetische Sanierung, auf den ich später noch einmal zurückkomme.

Wie gesagt: Es geht nicht immer darum, das Rad neu zu erfinden, oft genügt auch, all das vorhandene Know-How zu bündeln, um schlagkräftiger auf dem Markt auftreten zu können. Solche Ideen werden – das muss letztendlich die zentrale Strategie unserer Forschungs- und Entwicklungs-, unserer Innovationspolitik sein – von uns kräftig gefördert und auch hierfür ist das KlimaHaus ein beredtes Beispiel.

Und weil wir gerade bei der Energie sind: Dies ist noch so ein Bereich, den wir als strategisch einstufen. Ein Bereich, der in vielerlei Hinsicht über Wohl und Wehe von ganzen Volkswirtschaften entscheiden wird. In wirtschaftlicher Hinsicht etwa, sind die Energiekosten doch ein ganz entscheidender Faktor in zahlreichen Wirtschaftsbereichen. In politischer Hinsicht, macht der Energieimport doch zunehmend abhängig, und zwar international. Und nicht zuletzt in umwelt- und klimaschützerischer Hinsicht, ist saubere Energie aus erneuerbaren Quellen doch ein Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung. Wer heute noch weiter auf fossile Brennstoffe setzt, hat noch fünf, noch zehn, vielleicht noch zwanzig Jahre ein gemütliches Leben vor sich. Er verschläft aber schlicht und einfach die Zukunft. Denn: Nur wer auf die Nutzung erneuerbarer Quellen heimischer Herkunft setzt, hält die Schlüssel zur Zukunft in der Hand.

Meine Damen und Herren, auch hier gilt: Wir sind nicht die Gurus der erneuerbaren Energie, wir haben sie nicht erfunden und die Technologie – das müssen wir der Bescheidenheit halber zugeben – stammt meist nicht aus unseren Betrieben. Was wir uns aber zugute halten können, ist, dass wir es früh verstanden haben, das Potential unseres Landes zu erkennen, eines in Sachen erneuerbare Energiequellen sicher gelobten Landes: Wasser- und Windkraft, Sonne, Geothermie, Hackschnitzel, Biomasse: All diese Grundlagen für grüne Energie sind bei uns vorhanden, oft zur Genüge. Schritt für Schritt haben wir in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass diese Quellen auch erschlossen werden, dass bereits heute 56 Prozent unseres Energiebedarfs aus sauberen, aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, wobei unser Ziel noch ehrgeiziger ist, wollen wir diesen Anteil doch bis 2013 auf 75 Prozent und bis 2020 gar auf hundert Prozent steigern. Es geht also nicht nur darum, dass man das Potential sieht, sondern vor allem darum, es auch zu nutzen.

Schließlich besteht erfolgreiche Politik immer in einem Dreischritt: im Erkennen eines Problems, im Erarbeiten von Lösungen und in deren Umsetzung. So manch einer glaubt, dass dieser Dreischritt immer ein logischer sei, dass ein Schritt ganz natürlich auf dem anderen aufbaue. Glauben Sie mir eins: Dass alle drei Schritte gesetzt werden, ist alles

andere als selbstverständlich und es spricht – auch dies wird in diesem Haus so manch einem sauer aufstoßen – auch für unsere Arbeit in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten, dass dieser Dreischritt als ein logischer gesehen wird. Es genügt aber so manch einmal ein Blick über die Landesgrenzen um zu erkennen, wie viele politischen Systeme den ersten Schritt schaffen, vielleicht auch noch den zweiten, am dritten aber kläglich scheitern.

Lassen Sie mich hier noch einmal auf die Energie, die erneuerbare Energie zurückkommen und eine Klammer aufmachen, die die Wasserkraft betrifft: Wir haben in diesem Bereich einige grundlegende, zukunftsträchtige Entscheidungen getroffen, große Deals auf den Weg gebracht. Wir sind mit den Energieriesen Enel und Edison strategische Partnerschaften eingegangen, wir haben unsere Hand nach langen, langen Jahren des Wartens, Hoffens, Bangens, des Ausgebeutet-Werdens und Leidens auf die heimische Wasserkraft gelegt.

2010 werden die Weichen für die künftige Nutzung dieser unendlich wertvollen Ressource gestellt. Im kommenden Jahr wird sich entscheiden, wer unser weißes Gold nutzen kann und ich kann guten Gewissens behaupten: Wir haben die Fundamente gelegt, die für Südtirol beste Lösung zumindest möglich zu machen. Denn selbstverständlich wäre für uns eine heimische Lösung die wünschenswerteste und auf diese heimische Lösung haben wir auch hingearbeitet, doch letztendlich wird beim Zuschlag für die Konzessionen zur Großwasserleitung nach objektiven Kriterien entschieden, die wir nicht beeinflussen können oder wollen. Wer das beste Projekt präsentiert, das Projekt, das am wenigsten negative Auswirkungen auf die Umwelt hat und am meisten Energieproduktion verspricht, wird künftig in Südtirol Strom aus Wasserkraft produzieren.

Sollte dies die SEL mit ihren Partnern sein, dann hätte dies den Vorteil, dass die strategische Ressource Wasserkraft in öffentlichen Händen wäre. Die Anliegen der Konsumenten könnten so besser geschützt, die Bedürfnisse von Land und Leuten besser befriedigt werden. Was wir zudem könnten, wäre, einen bestimmten Einfluss auf die Strompreise ausüben, wir können und werden vor allem die Gemeinden an unseren Gesellschaften beteiligen und nicht zuletzt Volksaktien dieser Wasserkraft-Gesellschaften ausgeben. So ist die Basis, auf der diese Gesellschaften, auf der unsere Wasserkraft ruhen – sagen wir einmal vorsichtshalber – könnte, eine breitest mögliche. Die Grundlagen, lassen Sie mich das noch einmal betonen, sind gelegt, aber wie auch immer die Entscheidung um die Konzessionen ausfällt, wer auch immer das Rennen macht,

meine Damen und Herren: Wir werden die Interessen unserer Bevölkerung, die Interessen unserer Umwelt zu wahren wissen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen, dass uns der ehemalige EU-Energiekommissar Andris Piebalgs nach seinem Besuch unseres Landes mit Lob eingedeckt hat. Wir seien, so hat der Kommissar betont, im Bereich der Energie eine überaus innovationsfreudige Region, eine Region, an der sich andere Länder ein Beispiel nehmen könnten. Recht hat er. Denn was sich in diesem Bereich in unserem Land tut, kann sich sehen lassen. Ich denke etwa an die Wasserstoffmeile zwischen München und Modena, entlang derer grüner Wasserstoff produziert wird, ich denke an das Projekt des Grünen Korridors im Zusammenhang mit dem Bau des Brennerbasistunnels, in dem zahlreiche innovative Energieprojekte gebündelt werden, ich denke an die zahlreichen Fernwärmewerke, ich denke an Biogasanlagen, an die vielen Solar- und Photovoltaik-Anlagen, aber auch an die Versuche mit Windkraft und Geothermie.

Und an noch etwas ist zu denken: das KlimaHaus. Schon wieder das KlimaHaus. Denn eines ist sicher: Die wichtigste Energiequelle der Zukunft wird das Energiesparen sein. So viel Energie können wir kaum produzieren, wie wir sparen können.

Auch aus diesem Grund – und auch um die Wirtschaft anzukurbeln – haben wir den vorhin bereits angeschnittenen Kubaturbonus geschaffen, mit dem die energetische Sanierung bestehender Wohnhäuser dadurch belohnt wird, dass sie nicht nur steuerlich vergünstigt wird, sondern auch in einem effektiv größeren Wohnraum endet. Zehn Prozent an Kubatur kann durch die Sanierung dazu gewonnen werden, und auch wenn die Initiative bis dato keinen Boom ausgelöst hat, so haben doch zahlreiche Haus- und Wohnungsbesitzer von dieser Maßnahme Gebrauch gemacht, zahlreiche weitere – da bin ich sicher – werden bis Ende des nächsten Jahres noch folgen, auch weil wir die Bestimmungen für Mehrfamilienhäuser entsprechend anpassen: Wohnraum zu schaffen, ohne weitere Flächen dafür zu opfern, die Auftragslage der Unternehmen in Zeiten der Krise zu verbessern, den Energieverbrauch zu senken, die Brieftasche der Wohnungsbesitzer zu schonen und nicht zuletzt das Klima zu schützen: So viele positive Effekte ohne nennenswerte negative Folgen hat meines Wissens noch sehr selten eine einzige Initiative nach sich gezogen.

Erlauben Sie mir, werte Abgeordnete, in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Wirtschaft zurückzukommen. Der Kubaturbonus, das habe ich bereits erwähnt, war nicht

zuletzt auch eine Maßnahme, um der Krise die Stirn bieten zu können. Wenn die natürliche Investitionsbereitschaft der Menschen zurückgeht, weil die Vorsicht regiert, muss man Anreize schaffen, um diese Investitionsbereitschaft anzukurbeln. Im Übrigen immer mit einem sehr wachen Blick auf das, was auf Konsumentenseite geschieht. Schließlich wollen wir niemandem falsche Hoffnungen machen, wir wollen niemanden dazu verleiten, ein zu großes Risiko einzugehen, wir wollen niemanden in die Schuldenfalle schubsen. Es geht in unseren Maßnahmen deshalb auch nicht um kurzfristigen Konsumauftrieb, es geht vielmehr um langfristig nicht nur gesellschaftlich, sondern auch für den Einzelnen sinnvolle Investitionen.

Der Kubaturbonus war im Übrigen nur eine der Maßnahmen, die wir der Krise entgegen gehalten haben. Sicher: Man hat uns vor allem von Seiten der Unternehmer vorgeworfen, die für die einzelnen Wirtschaftssektoren im neuen Haushalt vorgesehenen Mittel seien zu gering ausgefallen, seien der allgemeinen Kürzung zum Opfer gefallen. Das mag auf den ersten Blick auch tatsächlich so aussehen, haben wir die Beitragskapitel doch tatsächlich gekürzt. Das hat den einfachen Grund, dass wir direkte Beiträge an Unternehmen nicht als ein strategisch derart wichtiges Standbein sehen, dass wir es unumschränkt stärken wollten. Lassen Sie mich hier noch einmal betonen: Wir haben im kommenden Jahr schlicht und ergreifend weniger Geld zur Verfügung, als noch in diesem Jahr. Und um mit diesem Geld auszukommen, ohne Schulden zu machen, muss gekürzt werden. Oder anders: Unterm Strich muss die Rechnung stimmen und Geld, das wir nicht haben, können oder vielmehr: wollen wir nicht ausgeben.

Deshalb stimmt es, dass wir die Beitragskapitel gekürzt haben. Man könnte uns nun vorwerfen, dass wir eine zyklische anstatt einer antizyklischen Wirtschaftspolitik betreiben oder anders: Wenn Geld da ist, weil die Wirtschaft brummt, unterstützen wir die Unternehmen, heizen den Aufschwung also noch zusätzlich an, während in Zeiten der Krise – und in solchen stecken wir zweifelsohne – gespart wird, der Abschwung also noch schroffer ausfällt, als dies „natürlich“ der Fall wäre.

Wer dies behauptet, ist schief gewickelt. Oder besser: Sein Blick fällt zu kurz aus. Wir betreiben sehr wohl eine antizyklische Wirtschaftspolitik, nur tun wir dies nicht durch eine Steigerung der Beiträge an die Unternehmen, sondern vielmehr durch deren Entlastung in steuerlicher Hinsicht. Ursprünglich hatten wir vorgehabt, den IRAP-Landeszuschlag um einen halben Prozentpunkt für alle zu senken, während wir einen weiteren halben Prozentpunkt vom zeitweiligen Verzicht auf Beiträge abhängig machen wollten. Gerade

weil uns die Krise aber in die Parade gefahren ist und gerade weil wir – um auf meine eingangs geäußerten Gedanken zurückzukommen – durchaus lernfähig sind, fähig, flexibel auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu reagieren, haben wir diesen Plan über den Haufen geworfen und eine allgemeine Senkung der IRAP um einen Prozentpunkt und damit um das gesamte uns zur Verfügung stehende Ausmaß gesenkt. Für alle Unternehmen, ausgenommen Banken und Versicherungen, aber in jedem Fall ohne einen Verzicht auf Landesbeiträge einzufordern.

Also: Wer die Wirtschaftskapitel ansieht, sollte nicht nur Soll-Seite ansehen, also die Beiträge, die effektiv gekürzt werden, sondern auch die Haben-Seite: Weniger steuerliche Belastung für die Unternehmen bedeutet nämlich auch weniger Steuereinnahmen für das Land.

Noch zwei Themen in Sachen Wirtschaft: zum Handel und zur Landwirtschaft: Zunächst zur Landwirtschaft. Sie ist und sie bleibt eine Säule unseres Landes, und zwar durchaus nicht nur im wirtschaftlichen Sinne. Unsere Gesellschaft ist nach wie vor eine ländlich geprägte, unser Leben spielt sich im ländlichen Raum ab, den es deshalb mit allen Mitteln zu erhalten gilt. Ich denke, auch unsere Gegner werden anerkennen, dass uns dies bis dato sehr gut gelungen ist. In Südtirol wird schließlich seit Jahrzehnten eine Politik verfolgt, die sich nicht nur auf die Ballungszentren konzentriert, sondern immer auch das Potential der Peripherie im Auge hat: das wirtschaftliche, das gesellschaftliche, das landschaftliche Potential. Es ist dieses Potential, das wir seit Jahren auch mit Hilfe der ländlichen Entwicklungsprogramme der EU fördern. Diese Programme und deren Umsetzung im Land werden wir auch im kommenden Jahr fortentwickeln und dabei – wie bisher auch – ein Hauptaugenmerk der Berglandwirtschaft schenken, denn sie ist es, die den Charakter unseres Landes prägt – und auch in Zukunft prägen soll. Und das zweite Standbein ist die Förderung der Qualitätsproduktion in der Berglandwirtschaft genauso wie im Obst- und Weinbau. Wer auf Qualität setzt, meine Damen und Herren, steht stabiler am Markt, als der, der auf den Preis setzt. Billige Produkte – und dies gilt nicht nur für die Landwirtschaft – billige Produkte sind austauschbar, ersetzbar durch noch billigere, Qualitätsprodukte dagegen kaum.

Und damit zu Thema zwei, dem Handel, in dem es uns vor allem um zwei Schwerpunkte geht, die sich – auf den ersten Blick zumindest – auszuschließen scheinen. Es geht uns nämlich einerseits um die Aufrechterhaltung der Nahversorgung bis in die kleinsten Dörfer

hinein. Und dies heißt, dass wir aktiv die kleinen Geschäfte, die Nahversorger, die Anlaufstellen einer Dorfgemeinschaft fördern, sie unterstützen und ihre Erhaltung zum Ziel haben. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Bedürfnisse der Konsumenten nach einem größeren Angebot auf einen Blick im Auge haben, Bedürfnisse, die unsere Landsleute bis dato in Scharen nach Norden über den Brenner oder nach Süden Richtung Trient oder Verona gezogen haben. Diesem Abwanderungstrend versuchen wir, mit einem Einkaufszentrum in Bozen gegenzusteuern, das geplant und koordiniert entstehen und nicht aus der grünen Wiese gestampft werden soll. Nur so ist nämlich das, was wie ein Gegensatz erscheint – Nahversorgung erhalten und Großangebot fördern – auch tatsächlich zu vereinbaren, nur so sind anscheinend widersprüchliche Bedürfnisse gleichermaßen zu sichern.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang noch eine allgemeine Klammer zu öffnen, weil sie gut in den Kontext passt: Politik ist umso einfacher zu betreiben, je mehr Mittel man zur Verfügung hat. Man kann dann alle Bedürfnisse berücksichtigen, kann gute Nachrichten allerorten verbreiten, schafft sich wenige bis gar keine Feinde. Insofern tendiert die Politik dazu, ihre Haben-Seite zu sichern, Steuern also tendenziell nicht zu senken. Die Überlegung dahinter ist eine einfache: Für jeden Bürger, für jedes Unternehmen ist es spürbarer, sichtbarer, wenn er oder es einen Beitrag erhält, als wenn er oder es – vielleicht in der selben Höhe – Steuern spart. Das ist eine paradoxe Situation, eine paradoxe Situation, die aber politische Dankbarkeiten schafft. Und diese sichern die Wiederwahl.

Wir gehen nun – und ich gebe gerne zu, dass dies nicht unbeeinflusst von äußeren Umständen geschieht – einen anderen Weg: Wir gehen den politisch unangenehmeren, aus unserer Sicht aber effizienteren Weg der Steuersenkung, der auf Kosten der zu verteilenden Beiträge geht. Dahinter stecken mehrere Überlegungen: Zum einen jener der Zeitverzögerung: Unternehmen brauchen ihr Geld jetzt nötiger denn je, sie müssen liquide sein, um dieser Krise die Stirn bieten zu können. Wird ihnen diese Liquidität jetzt entzogen, vielleicht auch mit dem Versprechen einer späteren Rückgabe in Form eines Beitrags, ist dies der wirtschaftlichen Entwicklung alles andere als zuträglich. Auch hier geht es also um Überlegungen rund um eine zyklische oder antizyklische Wirtschaftspolitik.

Die zweite Überlegung ist die, dass wir glauben, Unternehmen wissen besser, wie ihre Mittel eingesetzt werden sollen, als wir dies wissen können. Jedes Unternehmen hat seine

ganz eigene Situation zu meistern, jedes Unternehmen hat seine eigenen Notwendigkeiten, Bedürfnisse, Problematiken. Wir können diese nicht kennen, zumindest nicht besser als dies die jeweiligen Manager tun. Insofern auch hier das Fazit: Lassen wir die Unternehmen mit ihren Mitteln wirtschaften, senken wir – im bescheidenen, von uns zu beeinflussenden Rahmen – die Steuerlast, halten wir die Unternehmen liquide.

Dieselben Gedanken gelten grundsätzlich auch für den einzelnen Bürger, wobei hier durchaus auch soziale Überlegungen anzustellen sind. Die Umverteilung geschieht ja nicht aus wirtschaftspolitischen, sondern aus gesellschaftspolitischen Überlegungen, sie sichert ein gewisses Maß an Wohlstand und Chancengleichheit. Sie darf aber gleichzeitig auch nicht dazu führen, dass das gefördert wird, was uns gesellschaftlich nicht weiterbringt: Faulheit, Ideenlosigkeit, fehlende Risikobereitschaft, Mitläufertum, Mittelmäßigkeit.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es geht um nichts anderes, als um die Definition der sozialen Marktwirtschaft und das Gewicht, das man auf deren Bestandteile legt: auf das Soziale und den Markt. Wir haben, das traue ich mich hier zu sagen und ich denke, auch unsere Wirtschafts- und Wohlstandsdaten unterstreichen dies, hier bis dato eine sehr gute Balance gefunden und auch wenn die Wirtschaftskrise das ganze Koordinatensystem verschoben hat, so denke ich doch, dass wir imstande sein werden, diese Balance aufrechtzuerhalten.

Ich habe in den letzten Minuten zu erklären versucht, dass wir auf eine finanzielle Entlastung der Unternehmen setzen, wir setzen den Hebel aber auch an, um sie bürokratisch zu entlasten: Zettel, Zettel, Zettel – das soll möglichst bald der Vergangenheit angehören, damit der Handwerker wieder Handwerker, der Bauer wieder Bauer, der Gastwirt wieder Gastwirt sein kann anstatt allesamt als Bürokraten zu enden. In zahlreichen Bereichen haben wir bereits gezeigt, dass wir imstande sind, unnötige bürokratische Hürden abzubauen. Dabei kommt uns die moderne Technik zu Hilfe, die digitale Verarbeitung von Daten, die Vernetzung, der Austausch. Die Computersysteme machen es heute leichter, im Auge zu behalten, was die jeweils andere Hand gerade macht. Wie oft ist es in Vergangenheit vorgekommen, dass ein Amt der Landesverwaltung die selben Dokumente von den selben Personen verlangt hat, wie oft ist es vorgekommen, dass man für zwei Gesuche an das Land die selben Unterlagen vorlegen musste?

Solche Doppelgleisigkeiten werden Schritt für Schritt abgebaut, sie werden durch eine effiziente, elektronisch unterstützte Datenverwaltung ersetzt. Stichwort: E-Government. Für Bürger und Unternehmen heißt dies: weniger Zeitaufwand, um Dokumente zu besorgen, weniger Gerenne von einem Amt ins nächste, weniger Ärger, weniger Schlangestehen, weniger Zeit- und Geldverlust.

Ich kann Ihnen hier ein Beispiel nennen. Eines, das die Land- und Forstwirtschaft betrifft und damit mithin jene, die am allergischsten auf allzu viel Papierkram reagieren. In mühevoller Kleinarbeit haben die Beamten in der Landesabteilung Landwirtschaft und das Personal der Forststationen in den letzten Jahren die Daten von zigtausend Bauernhöfen erhoben, haben diese Daten mit Grundbesitzbögen abgeglichen, sie auf der Grundlage von Luftaufnahmen verifiziert, haben Fehler ausgemerzt und Anpassungen vorgenommen und all dies, all diese Arbeit in Zusammenarbeit mit unseren Informatikern in eine umfassende Datenbank, das Land- und Forstwirtschaftliche Informationssystem LAFIS, einfließen lassen. Das Ergebnis ist eines, das sich sehen lassen kann, auch wenn es in der Öffentlichkeit keine großen Wellen schlägt. So können wir den Landwirten in vielen Bereichen bereits mit den wichtigsten Daten vorausgefüllte Formulare vorlegen, wir können per Knopfdruck Angaben verifizieren, wir können die zahllosen bürokratischen Auflagen nicht zuletzt von Staat und EU erfüllen, ohne die Bauern mit allzu viel mehr Büroarbeit zu belasten.

Dies ist, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Beispiel effizienter Verwaltung, das ich in diesem Kontext einmal erwähnen wollte, weil es vielleicht vielen von Ihnen nicht bekannt ist. Schließlich wissen wir, dass die Verwaltung nur dann Schlagzeilen macht, wenn sie einmal nicht funktioniert, und leider nur allzu selten, wenn sie das tut, was sie allermeistens tut, nämlich funktionieren.

Bürokratieabbau, meine Damen und Herren, und damit bin ich zurück beim Thema, heißt aber nicht: Abbau der Genauigkeit, der Gewissenhaftigkeit. Und Bürokratieabbau heißt auch nicht, dass wir nun alle Vorsichtsmaßnahmen und Kontrollen fallen lassen. Wer weniger amtliche Dokumente einreichen muss, wer die allermeisten davon durch Selbsterklärungen ersetzen kann, der muss – das fordert die gute Verwaltung – auch entsprechend kontrolliert werden können. Wir werden nun nicht flächendeckend ausschwärmen und uns als Großer Bruder gebärden, wir werden aber weiterhin gewissenhaft Stichprobenkontrollen durchführen. Und eines kann ich garantieren: Falsche

Angaben tolerieren wir nicht, die Schlauen unterstützen wir nicht. Die öffentliche Hand zu betrügen, ist kein Kavaliersdelikt, sondern hat Folgen. Mitunter nicht nur verwaltungs-, sondern auch strafrechtliche.

Noch ein weiteres Beispiel zum Bürokratieabbau: Wir haben durch die Delegierung zahlreicher Kompetenzen an die einzelnen Landesräte die Anzahl der Beschlüsse der Landesregierung drastisch gesenkt. Dies entlastet nicht nur die Landesregierung, die damit mehr Zeit hat, die wirklich grundlegenden Themen zu diskutieren, sondern beschleunigt auch die Verwaltungsabläufe und hilft, Geld einzusparen.

Apropos Geld einsparen: Wir haben, das zeigen die gesamtstaatlichen und auch internationalen Vergleiche, eine Verwaltung die sehr gut funktioniert. Dieses gute Funktionieren schlägt sich aber auch mit einer gehörigen Summe im Haushalt nieder. Diese Summe haben wir – das muss ich zugeben – lange Jahre als Fixum betrachtet, als Kosten, die alle Jahre anfallen, weil sie anfallen. Auch hier kann es ein „Weiter so“ aber nicht geben.

Vielmehr müssen wir uns fragen, wie wir „Fixkosten“ – und ich setze diesen Terminus unter Anführungszeichen – kürzen können. Nicht nur, weil sie uns sonst über den Kopf wachsen, sondern weil sie uns immer mehr die Luft zum Atmen, sprich: den Spielraum für Investitionen nehmen. Versteinern alle Posten in unserem Haushalt zu „Fixkosten“, sind wir als Politiker nicht mehr gefragt. Es geht dann nicht mehr um die Verwirklichung von Visionen, um das Entwickeln von Strategien, um das gezielte Fördern zukunftsträchtiger Entwicklungen. Es geht dann nur mehr um das Zahlen von Rechnungen. Und das können die Buchhalter des Landes besser als wir es tun können.

Auch hier gilt also: Die Krise ist eine Chance. Die Chance, Abläufe zu überdenken, sie schneller, effizienter, schlanker zu gestalten, die Chance, Dienste auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen, samt dem dazugehörigen Mut, sie abzuschaffen, wenn diese Überprüfung negativ ausfällt. Dazu kommt die Chance, darüber nachzudenken, was vielleicht außerhalb der Verwaltung, privat organisiert besser funktionieren kann und was nicht, was dem Markt, der grenzenlosen Liberalisierung also weiter entzogen bleiben sollte, die Chance schließlich, neue Wege einzuschlagen, die uns die moderne Technik öffnet.

Diese Chancen gilt es zu nutzen, es gilt, keine überhasteten Entscheidungen zu treffen, dafür aber grundlegende Denkprozesse in Gang zu setzen, an deren Ende die so genannten Fixkosten niedriger ausfallen als sie es heute tun und uns damit wieder mehr

finanziellen Gestaltungsspielraum einräumen, auch wenn die Haushalte der nächsten Jahre vielleicht nicht mehr die Ausmaße erreichen, die sie schon einmal hatten.

Die Krise als Chance also auch hier. Als Chance, verstaubte Gehirnwindungen freizublasen. Dieses Diktum von der Krise als Chance hat im Übrigen auch eine ganz konkrete, wenn auch paradoxe Umsetzung in der Praxis bereits gefunden. Die Krise hat der Bevölkerung entlang der Brennerachse eine Chance geboten. Die Chance, auf- oder durchzuatmen, ist doch der Transitverkehr auf der Brennerachse in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Rund eine halbe Million Lkws werden Ende dieses Jahres weniger über den Brenner gerollt sein als noch im Vorjahr. Eine Nachricht, die uns an sich fröhlich stimmen müsste, die aber den ernsten Hintergrund einer lahmenden Wirtschaft hat, wie auch der Rückgang des Gütervolumens auf der Rollenden Landstraße um rund zehn Prozent zeigt. Nichts also, worauf man transittechnisch bauen könnte, nichts was – hoffentlich – von Dauer sein wird, nichts, was man als langfristigen Trend bezeichnen könnte.

Entsprechend gehen wir davon aus, müssen wir davon ausgehen, dass der Güterverkehr über den Brenner wieder deutlich anziehen wird. Mit dem Bau des Brennerbasistunnels – und ich rede hier schon gar nicht mehr von „Projekt“ als vielmehr von „Bau“, nur um klar zu machen, dass der BBT keine Option ist, sondern Realität – mit dem Bau des BBT setzen wir den ersten, den wichtigsten und langfristig wohl einzig brauchbaren Schritt gegen eine allzu große Belastung der Bevölkerung entlang der Brennerstrecke. Nun hat man uns allerdings vorgeworfen, wir vernachlässigten mit der Langfrist-Strategie BBT die kurze Sicht, wären für die vorhandenen Nöte der Bevölkerung blind geworden.

Nein, meine Damen und Herren, wir sind weder blind noch taub noch untätig. Wir suchen nach Wegen, gangbaren Wegen, keinen Luftschlössern, um den Güterverkehr auch kurz- und mittelfristig einzuschränken. Erst Mitte Oktober haben wir etwa mit unseren Nachbarländern, dem Bundesland Tirol und dem Trentino, beschlossen, die Straßenbenützungsgebühren in den drei Ländern zu harmonisieren. Und „harmonisieren“ heißt hier ganz bestimmt nicht senken. Es heißt vielmehr: Die Maut muss auf hohem Niveau vereinheitlicht werden, denn nur wenn der Weg per Lkw über den Brenner im Vergleich zu anderen Alpenübergängen nicht mehr zum Dumpingpreis zu haben ist, schließen wir zumindest den Umwegverkehr aus, der unserer Wirtschaft so gut wie gar nichts bringt und der Bevölkerung nur Dreck, Staub und Abgase.

Und auch über ein Nachfahrerbot, ein gemeinsames Nachfahrerbot denken wir nach. Hier geht es darum, nach durchsetzbaren, rechtlich haltbaren Möglichkeiten zu suchen, es geht darum, diese Möglichkeiten mit allen beteiligten Partnern – und es sind in der Verkehrspolitik leider immer sehr viele – abzusprechen. Schnellschüsse, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Schnellschüsse sind in der Verkehrspolitik nicht möglich.

Schnellschüsse sind, lassen Sie mich hier eine Klammer aufmachen, auch nicht das, was die Politik produzieren sollte. Wie oft muss ich erleben, dass eine Schlagzeile in einer Zeitung plötzlich die Agenda der Politik dominiert: Egal, ob das, was die Zeitungen – oder sagen wir allgemeiner: die Medien – berichten, egal ob es stimmt oder nicht stimmt, gut oder schlecht recherchiert, neu oder doch schon altbekannt ist: Es gibt immer Leute unserer Zunft, die auf den vorbeibrausenden Zug aufspringen, sich zu Wort melden, Kommentare abgeben, Anfragen stellen, Pressekonferenzen einberufen und sich im Licht der Kameras sonnen.

Hin und wieder, meine Damen und Herren, würde ein bisschen mehr Gelassenheit unserem Metier gut tun. Ein bisschen mehr Tiefgang, ein bisschen mehr Sorgfalt, ein bisschen mehr Verantwortungsgefühl, ein bisschen mehr langfristiges Denken, ein bisschen mehr Beständigkeit, ein bisschen mehr Inhalt, ein bisschen mehr Sein und dafür ein bisschen weniger Schein, ein bisschen weniger Symbolik, ein bisschen weniger politisches Kalkül, ein bisschen weniger Konzentration auf Umfragewerte, ein bisschen weniger Tagespolitik, ein bisschen weniger Profilierungssucht.

Ein solcher Weg, werte Abgeordnete, würde nicht nur unserem Metier gut tun, es würde auch unser ramponiertes Image aufbessern. Nicht meines, nicht Ihres, nicht das, irgendeines einzelnen Politikers oder einer Partei, sondern das der Politik im Allgemeinen. Wenn wir nämlich von Politikverdrossenheit reden, dürfen wir nicht vergessen, dass ein gerüttelt Maß dieser Verdrossenheit weniger auf die Politik als auf die Politiker zurückzuführen ist. Klammer zu.

Und noch ein Satz zur Verkehrspolitik: Wer sich den öffentlichen Nahverkehr in unserem Lande ansieht und ihn mit dem vergleicht, was vor zwanzig Jahren war, wird Revolutionäres feststellen können. Wir haben – bei aller Bescheidenheit – enorme Schritte hin zu einem nutzerfreundlichen, attraktiven öffentlichen Nahverkehr gesetzt. Und weitere Schritte kommen dazu: Mit RFI etwa gibt es erstmals einen Rahmenvertrag, der den

Vorrang unseres lokalen Zugverkehrs festschreibt. Zur Erläuterung: Bisher mussten wir unseren Fahrplan nach demjenigen internationaler Züge oder nach dem Güterverkehr richten. Wann immer also RFI Änderungen durchgezogen hat, und das kommt leider allzu oft vor, musste unser Fahrplan angepasst werden. Und wie bei einem Dominostein, der fällt, zog diese Änderung einen ganzen Rattenschwanz anderer Neuerungen nach sich, bis hinein in den Busverkehr auf Ortsebene. Ab Ende kommendem Jahres wird dieses Machtverhältnis umgedreht: Dann sind wir es, die einen fixen Fahrplan haben und alle anderen Züge müssen sich danach richten. Ein weiterer Meilenstein in der Verkehrspolitik, so wie die anstehenden Ausbauarbeiten im Pustertal und im Eisacktal sowie die weiter verbesserte Koordination des öffentlichen Nahverkehrs auf Straße und Schiene.

In diesem Zusammenhang, im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr und ganz bewusst in diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Bozner Flughafen. Auch hier gibt es keinen Stillstand. Vielmehr werden wir die notwendigen Arbeiten durchführen, wie wir dies auch immer schon angekündigt haben. Arbeiten, die sich selbstverständlich an den Rahmen halten werden, den die Ergebnisse der Mediation vorgeben. Denn sie sind für uns nach wie vor bindend.

Erlauben Sie mir noch, auf das politische und vor allem kulturelle Jahresthema 2009 zu sprechen zu kommen: das Gedenkjahr. Alle Vierteljahrhunderte bricht ein solches Gedenkjahr über uns herein und alle Vierteljahrhunderte versucht man, es mit den rechten Inhalten zu füllen. Dass man bei solchen Megaevents, noch dazu nur lose koordinierten, nicht alles richtig machen kann, dass plötzlich jedes Theaterstück, das sonst auch gespielt worden wäre, Teil des Gedenkjahrs ist und uns Andreas Hofer an manchen Tagen schon zum Hals heraushängt – all dies liegt, glaube ich, in der Natur solcher Gedenkjahre.

Man darf darüber aber nicht vergessen, dass man mit sehr vielen Initiativen ein breites Nachdenken über unser Land und dessen Zukunft erreicht hat. Man darf nicht vergessen, dass man unzählige Menschen mit dem Thema des historischen Tirols und dessen Geschichte erreicht hat, dass man den Gedanken einer möglichst grenzenlosen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wieder stärker verwurzelt hat. Das alles ist auch ein Verdienst des Gedenkjahrs und der zahlreichen Menschen, die an dessen Gelingen mitgearbeitet haben, die ein Steinchen in das Mosaik des Gedenkjahrs gesetzt und so zum Gesamtbild beigetragen haben.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass es gelungen ist, auch die italienische Bevölkerung für einen Teil der Geschichte ihres Landes zu begeistern, zu gewinnen, zu öffnen, der

bisher leider sehr oft untergegangen ist. Wer sich mit diesem Land identifizieren will, der muss seine Geschichte kennen, wer seine Geschichte kennt, kennt seine Wurzeln und nur wer diese Wurzeln kennt, kann auch aktiv dabei sein, wenn es um das Ausbilden von Stamm und Ästen geht.

Neben dem kulturellen, dem gesellschaftlichen Aspekt dürfen wir auch den politischen nicht vergessen. Sie alle, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, waren in Mezzocorona mit dabei, als die Europaregion Tirol mit einem institutionellen Fundament versehen worden ist. Und die Kollegen hier auf der Regierungsbank waren in Innsbruck mit dabei, als es um konkrete Umsetzungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ging. Um gemeinsame Initiativen in Bildung, Wirtschaft, Forschung, Mobilität, Umwelt, Kultur, Gesundheit. Um das, was die Euregio in Zukunft von den Sonntagsreden wegbringen soll, sie in den Köpfen (und vielleicht auch Herzen) der Bürger verankern soll. Das kann sie nur, wenn sie sicht- und spürbar wird: über konkrete Schritte, die den Bürgern neue Chancen, neue Möglichkeiten eröffnen, die ihnen konkrete, sicht- und spürbare Vorteile bringen.

Auf diesem Weg bemühen wir uns voranzuschreiten. Es wird kein schnörkelloser, gerader Weg sein, es wird auch Abzweigungen geben, an denen wir manchmal ratlos stehen werden, es wird Sackgassen geben und wir werden manchmal auch umkehren müssen. Aber was soll's: Das gehört zum Leben, zum politischen Leben und das was diesen Weg auszeichnen soll, ist ja etwas anderes: Es ist die Tatsache, dass wir diesen Weg gemeinsam mit unseren Nachbarn Tirol und Trentino gehen. So und nur so können wir dem Herz der Alpen eine weitum hörbare Stimme verschaffen oder – weniger poetisch: So und nur so können wir erfolgreich Lobbyarbeit für die Alpen betreiben, so und nur so können wir uns in Brüssel Gehör verschaffen, so und nur so haben unsere Anliegen auch eine Chance auf Umsetzung.

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, dass dieser Weg, der Weg der Euregio der ist, der uns in die Zukunft führen wird. Und ich bin Realist genug zu wissen, dass dieser Weg nicht allen passt. Den einen führt er zu weit, für die anderen ist es nur eine Etappe eines Weges, der in der Selbstbestimmung enden muss. Die Selbstbestimmung. Noch so ein Thema des Jahres 2009. Vielleicht war das Gedenkjahr der Grund, weshalb der Ruf nach Selbstbestimmung in den letzten Monaten wieder an Lautstärke gewonnen hat. So genau kann man das nicht sagen. Ebensowenig, wie es einen – zumindest für mich – erkennbaren Grund dafür gibt, dass sich immer mehr junge Stimmen in diesen Ruf

mischen. Es gibt kein sichtbares Zeichen der Krise, keine wie auch immer geartete Unterdrückung von Seiten Italiens, ja schon gar keinen Bruch des Pariser Vertrags, der diesen Ruf nicht nur legitim, sondern sogar notwendig, ja unumgänglich machen würde.

Aber glauben Sie mir eines, meine Damen und Herren: Der Ruf nach Selbstbestimmung unter diesen Vorzeichen schadet uns mehr, als er uns nützt. Er untergräbt die Grundfesten, auf denen unsere Autonomie errichtet ist, indem er den Vertrag in Frage stellt, auf dem sie ruht. Der Pariser Vertrag, der unseren Schutz garantiert, ist unsere Magna Charta, ohne ihn wäre Südtirol heute nichts weiter als eine normale italienische Provinz: ohne Selbstverwaltungsrechte, ohne kulturelle Eigenständigkeit, ohne Schutz der deutschen und ladinischen Sprache, ohne einen ethnischen Proporz, der es den Deutschen und Ladinern im Lande erst möglich gemacht hat, am wirtschaftlichen Aufschwung teilzuhaben. Einem wirtschaftlichen Aufschwung übrigens, den es ohne den Pariser Vertrag nicht gegeben hätte.

Wer heute demnach nach Selbstbestimmung ruft, hält ein Streichholz an das Gruber-Degasperi-Abkommen und lässt völlig im Unklaren, was aus dessen Asche erwachsen soll.

Wir sind, das können Sie mir glauben, meine Damen und Herren, froh um jedes tiefgründige Nachdenken über Tirol und dessen Zukunft, wir haben dieses Nachdenken gerade 2009 sogar ganz bewusst gefördert, wir haben von vornherein betont, dass es uns weniger um den Blick zurück als vielmehr um eine Standortbestimmung und einen Blick voraus geht. Wir verschließen uns auch keinem Gedanken im Rahmen dieses Nachdenkens, doch müssen die Gedanken zu Ende gedacht werden, wenn wir nicht wollen, dass unser Land und dessen Entwicklung, dass die Europaregion und deren Entwicklung Schaden nehmen.

Sie sehen demnach, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Es steht uns ein nicht einfaches politisches Jahr bevor, ein politisches Jahr, das von den Nachwehen – und hoffentlich sind es nur solche – der Krise gekennzeichnet sein wird. Aber wie ich bereits mehrfach erwähnt habe: Lassen Sie uns die Krise auch als Chance sehen, lassen Sie uns konstruktiv an deren Beseitigung arbeiten und an einem stabilen Fundament unseres Landes, unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft weiterbauen. Lassen Sie uns für einmal

das Hickhack um tagespolitischen Kleinkram in den Hintergrund rücken und gemeinsam an den wirklich wichtigen Fragen arbeiten.

Wir haben, jenseits jeder wirtschaftlichen Krise, im kommenden Jahr mehr denn je die Chance zu zeigen, dass wir keine Schönwetter-Politiker sind, dass wir durchaus auch fähig sind, schwierige Situationen zu meistern, dass wir willens sind, notwendige und sinnvolle Kürzungen durchzudrücken, auch wenn das Politbarometer dann vielleicht ein Tief anzeigt.

Nutzen wir die Chance, den Menschen da draußen zu zeigen, dass Politiker keine verkrustete Kaste sind, sondern Menschen, die – wie alle anderen auch – lebenslang lernen, sich lebenslang auf neue Situationen einstellen müssen. Und dies auch können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Was den Bereich Arbeit anlangt, werden 2010 im wesentlichen die bereits dieses Jahr im Lichte der Wirtschaftskrise gesetzten Prioritäten weiter bestehen. Insbesondere wird der Arbeitsmarkt weiterhin durch die ordentlichen und außerordentlichen sozialen Abfederungsmaßnahmen gestützt, wobei der Beitrag des Landes und die Aufteilung der einschlägigen Lasten mit der Region entscheidend für die Eingrenzung der Folgen der zahlreichen Entlassungen in sensiblen Wirtschaftsbereichen (Zulieferer der Autoindustrie, Bauwirtschaft, Transport, Engrosshandel im produzierenden Gewerbe) sind. Es versteht sich von selbst, dass das Land die entlassenen Arbeitnehmer nicht ausschließlich durch passive Maßnahmen, wie die Aufstockung des Arbeitslosen- und Mobilitätsgeldes, unterstützt, sondern auch aktive Maßnahmen, sowohl aus dem Mehrjahresplan der Beschäftigungspolitik, wie auch durch zusätzliche Anstrengungen beim Arbeitsservice und der dort zusammenlaufenden Arbeitsbörsen fördert. Die selben Anstrengungen kommen auch den am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen zugute, welche gerade bei Wirtschaftskrisen vom Arbeitsmarkt und folglich vom Sozialleben ausgegrenzt werden. Was hingegen die Einwanderung anlangt, gehen die Anstrengungen des Landes dahin, die unqualifizierte Massenzuwanderung – die mit der aktuellen Lage des Arbeitsmarktes nicht kompatibel ist – zu reduzieren, ohne die Zuwanderung notwendiger Arbeitnehmer abzuwürgen (Sozialberufe), und andererseits die Integration der sich bereits legal im Lande befindlichen oder eben erst regularisierten Ausländer (Haushaltshilfen) zu stärken. Schließlich werden die nicht unwichtigen Maßnahmen zur Anhebung der Chancengleichheit der Frauen gegenüber den Männern weitergeführt. Die Arbeitsinspektion setzt im Jahr 2010 das Programm des technischen Arbeitsschutzes fort, was auf den sensiblen Thema der Arbeits- und Sozialkosten direkten Einfluß hat, und koordiniert sich zwischen den verschiedenen betroffenen Bereichen und Ämter auch mittels des einschlägigen Komitees; die Aufsicht im Bereich des sozialen Arbeitsschutzes hat dagegen Augenmerk für die Unterlassungen und Hinterziehungen der Steuer und Sozialabgaben damit die wirtschaftliche Chancengleichheit der Unternehmen nicht untergraben wird und für eventuellen Missbrauch von Sozialleistungen.

Die Abteilung Innovation, Forschung und Entwicklung und Genossenschaftswesen plant im Jahr 2010 das Projekt „Technologiepark“ weiterzuentwickeln, um die Ansiedlung von technologieorientierter Unternehmen und Forschungskompetenz zu ermöglichen. Spezifische Ausschreibungen im Bereich der Forschung und Entwicklung sollen neben der unternehmensspezifischen F&E-Förderung die innovativen Projekte und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Frauenunternehmen und Unternehmensneugründern. Durch gezielte Maßnahmen soll die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit verbessert werden, dabei mit inbegriffen ist auch die finanzielle Unterstützung von Kindertagesstätten.

Im Bereich des Genossenschaftswesens wird auch im Jahr 2010 der „Runde Tisch des Genossenschaftswesens“ für die Koordinierung des Sektors weiter betreiben, in dem Verbände und Landesverwaltung die aktuellen Themen im Bereich Genossenschaftswesen behandeln und entsprechende Maßnahmen ausarbeiten.

Maßnahmen, um den Zugang zum Kredit zu erleichtern und das Garantiesystem für Bankkredite zugunsten der Unternehmen zu verbessern, und zwar durch die Zusammenführung der bestehenden Kreditbürgschaftsgenossenschaft, sind eine weitere Priorität.

Entbürokratisierung und Entmaterialisierung bilden die wichtigsten Ziele der Arbeiten der Abteilung IT im Jahr 2010. Als Umsetzung des E-Government-Programmes wird ein Großteil der Investitionen in IT-Informationssysteme und in IT-Infrastruktur getätigt, um einerseits Bürgern und Betrieben zusätzliche und bessere Informationen (etwa die Beschlüsse der LReg.) sowie neue Dienste in elektronischer Form zukommen zu lassen, und andererseits Bürgern und Betrieben zu gestatten, Kontakte mit der Verwaltung, Anfragen und Dokumentenübermittlung an die Verwaltung elektronisch abzuwickeln. Dazu werden neue, zentrale und einheitliche Datenbestände aufgebaut, betrieben und - soweit sinnvoll - zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Dies betrifft die Informationssysteme der Schule, der Sozialdienste, der Land- und Forstwirtschaft, der Personalverwaltung und der Finanzabteilung (um ePayment zu ermöglichen). Das System zur elektronischen Beschaffung (eProcurement) wird Anfang 2010 in Betrieb gehen und im Laufe des Jahres ausgebaut. Der Daten- und Dokumentenaustausch zwischen den lokalen öffentlichen Verwaltungen wird zu einem wesentlichen Teil auf elektronische Form umgestellt. Die Errichtung des neuen DataCenters sowie die Optimierung der Arbeitsprozesse der Abteilung Informationstechnik selbst führen schließlich dazu, dass wir die IT-Dienste auch in Zukunft mit der nötigen Verfügbarkeit und mit der geforderten Sicherheit zur Verfügung stellen können.

Im Laufe des Jahres 2010, wird die Abteilung Finanzen und Haushalt die Modalitäten zur Einführung der neuen Haushaltsklassifizierungen in den buchhalterischen Dokumenten

des Landes untersuchen. Es handelt sich dabei um Neuerungen die vor kurzem mit Staatsgesetz erlassen wurden und in Durchführung europäischer Richtlinien und deren Anwendung bei den Haushalten des Landes vom Prinzip der Harmonisierung der öffentlichen Haushalte, herrühren. Das heißt jenes Prinzip, aufgrund dessen die buchhalterischen Dokumente der öffentlichen Körperschaften nach den einheitlichen Regeln abzufassen sind, um deren Lektüre zu erleichtern. Es ist noch zu früh um die Inhalte dieser Reform umreißen zu können, es genügt zunächst festzuhalten, dass sich die Gliederungen des Haushalts ändern werden, z.B. werden wir anstelle der Funktionen, Grundeinheiten oder Kapiteln, Aufträge, Programme und Aktionen haben.

2010 wird das Jahr sein, in dem noch mehr Kräfte aufgebracht werden müssen, um eine Methode bei der Erstellung des Haushalts zu erreichen, bei der die Programme und Prioritäten Vorrang habe, anstelle der mittlerweile nicht mehr anwendbaren Methode der historischen Ausgaben. Es handelt sich dabei um einen Prozess, der bereits 2009 begonnen hat und sobald als möglich zu konkreten Ergebnissen führen muss, um Rationalisierungsmaßnahmen der Dienstleistungen der Verwaltung und somit zu Einsparungen von Ressourcen, sei es humaner als auch finanzieller Natur, feststellen zu können. In diesen Monaten sind auf technischer Ebene Verhandlungen mit dem Staat im Gange, um Formen der Mitwirkung des Landes zur Erreichung der Ziele des Ausgleichs und Solidarität, auf dies sich die Verfassung sowie das Gesetz zum Steuerföderalismus, beziehen, herauszufinden.

Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die auch über eine Überholung der finanziellen Ausstattung (also den finanziellen Beziehungen zum Staat) realisiert werden könnten, und sich somit fortwährend auf das Bilanzvolumen des Landes auswirken könnten, was eine umsichtige Bilanzstrategie erfordert, welche auf die Ermittlung von vorrangigen Maßnahmen basiert.

2010 werden verschiedene Maßnahmen zur Vereinfachung der buchhalterischen Verfahren Gestalt annehmen, sei es bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Dabei möchte ich die on-line Zahlungen nennen, welche es den Bürgern ermöglichen wird, sofern sie dies wünschen, die Zahlungen durch Verwendung der neuen elektronischen Instrumente durchzuführen, in erster Linie durch das Internet. Die Entbürokratisierung wird aber auch die Ausgabenverfahren betreffen, dank der elektronischen Flüssigmachung und der digitalen Unterschrift. Dieses System sieht vor, dass der Fluss der buchhalterischen

Informationen zwischen den Ämtern ausschließlich elektronisch verläuft und somit zu Einsparungen von Kosten und Zeiten bei der Abwicklung der Akte mit sich bringt, und somit den Bürger und Unternehmen von Nutzen ist.

Im Bereich Grundbuch und Kataster wird der Ausbau der e-Government-Dienste für die Bürger fortgeführt. Die Informatisierung des Grundbuchs wird weiter vorangetrieben und an einigen zusätzlichen Gundbuchämtern abgeschlossen.

Eine entscheidende Vereinfachung und Arbeitersparnis für die Freiberufler und die Verwaltung wird die neue Möglichkeit der telematischen Übermittlung der Teilungspläne und der Anträge des Grundbuchs und des Katasters sein.

Bei der Festlegung der Tätigkeitsschwerpunkte im Haushaltsjahr 2010 wurde in der Wirtschaftsabteilung vor allem darauf Bedacht genommen, dass die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel, so wie in den allermeisten anderen Sektoren auch, weniger wurden und somit noch mehr nach Schwerpunkten gearbeitet wird. Dabei wurden notgedrungen insbesondere die im Laufe des Jahres 2009 konkret gewordenen Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise berücksichtigt und immer im Rahmen der begrenzten Verfügbarkeiten die Planung für 2010 angesetzt. Obwohl es bereits erste Anzeichen für eine Erholung gibt, wird nach wie vor davon ausgegangen, dass der im heurigen Jahr stark eingesetzte Trend zur Bedarfsverlagerung der Mittel für Investitionsförderung zugunsten von Darlehen für Liquiditätsbeschaffung auch im Jahr 2010 anhalten wird. Aus diesem Grund wurde auch eine entsprechende Verlagerung der Finanzmittel vorgesehen, wenngleich die verfügbaren Ressourcen nicht ausreichen werden, um dem gesamten Bedarf ohne zeitliche Verzögerung entsprechen zu können. Einen spezifischen Schwerpunkt stellt daher für 2010 die verstärkte Absicherung und die Erleichterung des Zugangs zu Fremdkapital dar. Umgesetzt soll dies durch die Zusammenlegung der bestehenden Kreditgarantiegenossenschaften werden, bei gleichzeitiger merklicher Stärkung des Anteiles an öffentlicher Dotierung und erhöhter Garantieleistung.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt zweifelsohne die gezielte ganzheitliche Förderung des Wirtschaftsstandorts Südtirol dar, was durch die im heurigen Jahr aufgenommene und im Jahr 2010 in vollem Umfang geplante Tätigkeit der Business Location Südtirol (BLS) umgesetzt wird. Dabei geht es einerseits um die gezielte und aktive Vermarktung in Richtung innovativer und zukunftsträchtiger neuer Branchen, wie beispielsweise im

Energie- und Umweltbereich oder in der Wintertechnologie, aber vor allem auch um die bestmögliche Betreuung bereits bestehender einheimischer Unternehmen in ihren Erweiterungs- und Ansiedlungsbemühungen. Damit dies mittelfristig und nachhaltig wirken kann, wird es vor allem auch gerade in diesem Bereich eine den neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasste und notwendige Entbürokratisierung, d.h. auch Abschaffung bzw. Vereinfachung bestehender Normen, geben. Insgesamt stellt das Thema Entbürokratisierung für die Wirtschaftsabteilung ein ganz zentrales Anliegen im Jahr 2010 dar, sodass die bereits nach dem bewährten System der Standardkostenmodellberechnung (SKM) durchgeführten Analysen umgesetzt werden können.

Keine grundlegende Veränderung wird das Jahr 2010 für die grundsatzpolitische Ausrichtung des Landes Südtirol in der Handelspolitik geben, d.h. der Schwerpunkt wird nach wie vor darin liegen, dass man für den Einzelhandel auf der grünen Wiese und im Gewerbegebiet nicht öffnen, sehr wohl aber weiterhin die Bemühungen zur Erhaltung der Nahversorgung fortsetzen wird. Dies soll jedenfalls unter Berücksichtigung der bereits im heurigen Jahr genehmigten Planungsinstrumente für eine ausgewogene und verträgliche Zulassung der verschiedenen kleinen, mittleren und größeren Verkaufsangebote erfolgen. Schließlich wird man im Jahr 2010 den erfolgreichen und positiven Sog, welchen die Dachmarke und das Qualitätszeichen Südtirol mit ihrer stimmigen und gebündelten Kommunikation für Produkte, Dienstleistungen und südtiroler Wirtschaftskraft insgesamt erzeugt haben, vor allem über die Export Organisation Südtirol (EOS), aber auch in Synergie mit der SMG verstärkt umsetzen. Daher wird es einen noch absatzgerechteren Auftritt bei Messen, eine noch gezieltere Beratung für die Eroberung von neuen Märkten und einen mit den maßgeblichen Partnern noch besser zwischen öffentlich und privat abgestimmten Auftritt bei verschiedenen Exportförderungsmaßnahmen geben.

Der Haushalt der Abteilung Tourismus für das Jahr 2010 sieht Finanzmittel von insgesamt 39 Millionen Euro vor, was einer Reduzierung von ungefähr 4 Millionen Euro (-9%) im Verhältnis zum Vorjahr entspricht.

Aus diesem Grund mussten Einsparungen in fast allen Bereichen vorgenommen werden, sowohl bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für die Förderung betrieblicher Investitionen als auch bei der Förderung von Initiativen und Veranstaltungen von touristischem Interesse.

Nur bei der Förderung des Alpinwesens, sowohl was die Förderung der beruflichen Tätigkeiten in diesem Bereich betrifft, als auch bei der Förderung von Investitionen bei den

Schutzhütten, konnten die verfügbaren Finanzmittel auf dem Stand des Vorjahres gehalten werden.

Es wird also im nächsten Jahr eine Herausforderung sein, trotz gekürzter Finanzmittel den Tourismus in seiner Entwicklung zu unterstützen und durch noch gezielteren Einsatz der verfügbaren Mittel negative Folgen, so z.B. die Verlängerung der Wartezeiten für Investitionsbeiträge zu verhindern.

Die Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlags zur Oberstufereform wird im Jahre 2010 die für den Bildungsbereich, die berufliche Bildung inbegriffen, kennzeichnende Maßnahme darstellen; diese Bestimmungen werden eine Neuordnung des Aufbaus und des Angebots der Oberschulen sowie der Berufsschulen vorsehen.

Ein wichtiger Bestandteil ist dabei die staatliche Anerkennung der Möglichkeit, im Rahmen der Berufsbildung ein fünftes Schuljahr mit entsprechender Staatsprüfung (Berufsmatura) zu gestalten, wodurch das Studium auch im Universitätssystem fortgesetzt werden kann.

Was die berufliche Weiterbildung betrifft, so werden die Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise weitergeführt: Beiträge an die Betriebe zur Durchführung von Aus- und Fortbildungskursen zugunsten der, in Lohnausgleichskassa stehenden Beschäftigten, Angebote zur Berufsberatung und Umschulungskurse für Personen in unsicheren Arbeitsverhältnissen (Mobilitätsliste oder für Arbeitslose), Bildungsberatung und Gestaltung von Aus- und Fortbildungskursen für Kleinbetriebe.

Der Haushalt 2010 der Abteilung Landwirtschaft liegt bei rund 95 Mio. Euro und somit rund 10 Mio. Euro unter der Ausstattung des Vorjahres. Folglich müssen Einsparungen in fast allen Sektoren vorgenommen werden, von der einzelbetrieblichen über die genossenschaftliche Investitionsförderung bis hin zu den Verbandsförderungen in allen Bereichen.

Es gibt jedoch einen strategischen Bereich, für welchen keine Kürzungen vorgenommen werden, nämlich die Berglandwirtschaft.

Eine Verschärfung ergibt sich auch durch die drastisch gekürzten Mittel im Landwirtschaftssektor des Staatshaushaltes, von dem bisher insbesondere der

Versicherungsbereich (Hagelschutz-versicherung) und Beregnungsprojekte profitiert haben.

Reduzierte Haushalte, auch in den kommenden Jahren, werden und müssen dazu führen, die Förderpolitik der Landwirtschaft neu auszurichten und sich auf strategische Schwerpunkte zu konzentrieren. Dies wird deshalb unerlässlich sein, weil andernfalls jede weitere Erhöhung der Beitragsfristen die Wirksamkeit von Fördermitteln mehr und mehr verpuffen lässt.

Insgesamt ist für 2010 in der Landwirtschaft mit einer angespannten Situation zu rechnen, da vor allem der Milch- und der Apfelsektor unter einem immensen Preisdruck stehen. Agrarpolitisch werden die Maßnahmen vor allem darauf abzielen, die Berglandwirtschaft zu stabilisieren, u. zw. durch ein intensives grenzüberschreitenden Lobbying, durch die Verstärkung der regionalen Absatzmöglichkeiten, durch eine weitere Forcierung der Kooperationen und unternehmerischen Diversifizierungen.

Vor dem Hintergrund der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung ist das Hauptaugenmerk der land-, forst- und hauswirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung bzw. Beratung darauf auszurichten, den Arbeitsplatz am Hof zu stärken und abzusichern sowie die regionalen Wirtschaftskreisläufe aufzuwerten. Mit der Durchsetzung der Berufsmatura und der Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den Schulsystemen wird diesen Entwicklungen Rechnung getragen. Durch Bildungs- und Beratungsangebote für Erwachsene, wie Urlaub auf dem Bauernhof, die Direktvermarktung, alternative Erwerbsmöglichkeiten zur Milchwirtschaft, Schule am Bauernhof, den sozialen Bauernhof u.a. nehmen wir Einfluss auf die Entwicklung eines nachhaltigen und regionalen Wirtschaftskreislaufes. Produzenten/innen und Konsumenten/innen müssen entsprechend sensibilisiert und Maßnahmen zur Zusammenschau gefördert werden.

Die Lebensqualität ist ein ausschlaggebender Faktor für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unseres Landes. Unser Hauptaugenmerk ist deshalb darauf ausgerichtet, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Umfeld gewährleisten, in dem Arbeit, Familie, Freizeit und Wirtschaft in einem ausgleichenden Verhältnis zueinander stehen und gut miteinander vereinbar sind.

Das Versuchszentrum Laimburg befasst sich mit Grundlagen- und angewandter Forschung zu den vielseitigen Fragestellungen der Südtiroler Landwirtschaft. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen sowie internationalen Forschungseinrichtungen. Das Versuchsprogramm beschäftigt sich mit der ganzen Bandbreite der Südtiroler Landwirtschaft – über Obst-, Weinbau und Sonderkulturen bis zur Berglandwirtschaft, sei es in konventioneller als auch ökologischer Anbauweise. Die erworbenen Erkenntnisse werden im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen, wissenschaftlichen Publikationen in Fachzeitschriften und über die Beratungsorganisationen weitergegeben.

Im Mittelpunkt des genehmigten Tätigkeitsprogramm für das Jahr 2010 Tätigkeiten stehen die Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte sowie ein schonender Umgang mit den Produktionsgrundlagen Boden und Wasser und mit der Umwelt insgesamt. Weitere Schwerpunkte im Obst- und Weinbau bilden weiterhin die ökologische Anbauweise und die Entwicklung von einfachen, Zeit und Kosten sparenden Methoden in der Anbautechnik.

Im Bereich Pflanzenschutz spielt die Bekämpfung der rezenten Schadprobleme ‚Alternaria‘ und ‚Weißer Hauch‘, welche zu teilweise massiven Ausfällen in der Apfelproduktion führen können, auch heuer eine wichtige Rolle. Hier werden unter Berücksichtigung der Forderung nach möglichst geringen Rückständen Mittel und Strategien zur Regulierung entwickelt und getestet. Das Studium von Phytoplasmosen (z.B. Apfeltriebsucht im Obstbau, Schwarzhölz und Goldgelbe Vergilbung im Weinbau, ESFY im Steinobst u.a.) wird auf unvermindert breiter Basis weitergeführt.

Die Resistenzentwicklung von Schadorganismen gegenüber Pflanzenschutzmitteln ist in der Praxis weiterhin spürbar und problematisch. Neuerdings werden Minderwirkungen von bestimmten Botrytiziden im Weinbau und Schorffungiziden im Obstbau festgestellt, welche wir genau beobachten. Untersuchungen bei anderen Schadorganismen, gegen welche resistenzgefährdete Wirkstoffe im Einsatz sind, stehen ebenfalls in Überprüfung, um frühzeitig einen Wirkungsverlust zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Ein besonderes Augenmerk wird der Applikationstechnik in den Raumkulturen Obst- und Weinbau gewidmet. Das bevorstehende Inkrafttreten des Nationalen Aktionsplanes zum Schutz von Nichtzielflächen (z. B. Oberflächenwasser) zwingt zu Überlegungen, wie bei Beibehaltung der Effektivität der Pflanzenschutzbehandlungen Abdriften vermieden werden können (z. B. durch Abdrift mindernde Technik).

Die Versuche und Untersuchungen zur Vermeidung von Ertragsausfällen durch Trockenheit in der Grünlandwirtschaft durch entsprechende Wiesenmischungen bzw. gezielten Wassergaben werden weitergeführt.

Für die Berglandwirtschaft bearbeiten wir schwerpunktmäßig die Suche nach Zuerwerbsmöglichkeiten. So erfolgt eine agronomische Bewertung von alten Getreidelandsorten im Hinblick auf deren Anbauwert (interessante Nischenprodukte?). Auch Gemüse, Beeren- und Steinobstsorten werden diesbezüglich untersucht, wobei vor allem deren Eignung (Wuchs, Ertragsverhalten) für das Mittelgebirge im Vordergrund steht. Hierzu ist ein Schwerpunktprojekt in Zusammenarbeit mit dem Assessorat für Landwirtschaft, der Abt. 22 und dem Bauernbund in Ausarbeitung.

Eine wesentliche Säule der Versuchstätigkeit ist das agrikulturchemische Labor, welchem seit 2009 auch das Sektion Molekularbiologie angehört. Hier werden eine Vielzahl von Boden-, Pflanzen-, Frucht-, Futtermittel- und Rückstandsanalysen durchgeführt, sowie Problemlösungen im Bereich der Pflanzenernährung für die landwirtschaftliche Praxis erarbeitet. Ein wesentliches Ziel des nächsten Jahres ist die Akkreditierung des Rückstandlabors nach ISO 17025.

Ein Schwerpunkt der molekularbiologischen Arbeiten liegt in der Identifizierung und Quantifizierung der Erreger von Phytoplasmosen im Obst- und Weinbau (u.a. im Rahmen des Schwerpunkteprojekts 'APPL' zur Apfeltriebsucht). Das von EU-Mitteln getragene Projekt APFEL-FIT will den Nährwert von modernen sowie alten Apfelsorten auf molekularer Ebene untersuchen und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Diversifizierung der Produktion (Landwirte) und die Entwicklung neuer Lebensmittel (functional food) im Bereich des Apfels (KMU's, Lebensmittelindustrie) schaffen.

Der Bergwald garantiert in Südtirol weitgehend die Sicherheit des Lebensraumes. Er prägt mit anderen Kulturgattungen unsere einmalige Landschaft.

Das Hauptaugenmerk der Abteilung Forstwirtschaft gilt einer flächendeckend aktiven Wald- und Almwirtschaft und der Aufrechterhaltung und Verbesserung der ländlichen Infrastrukturen. Ein nicht minder wichtiges forstpolitisches Ziel liegt im Ausgleich von Standorts- und Strukturmängeln des Bergwaldes über Kooperationsförderung in der Wald- und Almwirtschaft und über Sensibilisierung zum verstärkten Holzeinsatz in lokalen Kreisläufen - sowohl im Bau- als auch im Energiesektor.

Als direkte Maßnahmen werden insbesondere bei Holznutzungen in schlecht erschlossenen Waldkomplexen die erschwerten Bedingungen mit der boden- und

bestandesschonenden Bringungsprämie ausgeglichen. Diese Maßnahme wird voll aus Landesgeldern finanziert. Die EU-Kommission hat dafür bis 2013 Ihre Zustimmung gegeben.

Die attraktiven Almlandschaften Südtirols sind das Ergebnis einer Jahrhunderte langen, extensiven Bewirtschaftung. Für die Aufrechterhaltung der traditionellen Almwirtschaft sowie für ihre touristische Nutzung sollen die Rahmenbedingungen weiterhin verbessert werden: angepasste Almgebäude, Erschließung, Angebot traditioneller Qualitätsprodukte, Almpflegearbeiten sowie die Unterstützung für die Alpung. Die Bewirtschaftung der Almen ist für viele Bergbauern ein wesentliches, wirtschaftliches Standbein. Als Freizeit- und Naturraum sind die Almen für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert.

Unverzichtbare ländliche Infrastrukturen wie die Hof-, Wald- und Almerschließungen sowie die Wasserversorgung sind weiterhin zu vervollständigen bzw. zu erneuern. Dies sind Grundvoraussetzungen für aktives Wirtschaften im ländlichen Raum.

Der Sonderbetrieb für Bodenschutz, Wildbach- und Lawinenverbauung wird im Arbeitsjahr 2010 wiederum eine Reihe von notwendigen Verbauungsmaßnahmen zum Schutz der Südtiroler Bevölkerung durchführen. Es handelt sich zum Großteil um die Fortführung von Maßnahmen in verschiedenen Einzugsgebieten von Wildbächen und Muren, welche den Siedlungsbereich und andere öffentliche Einrichtungen bedrohen oder positive Auswirkungen auf den Wasser- und Geschiebehaushalt haben. Besonderes Augenmerk wird auf die ordentlichen Instandhaltungen der bestehenden Schutzbauten und die Pflege der Ufergehölze gelegt. Dafür wird das bestehende Instandhaltungsprogramm zu Lasten der neuen Investitionen ausgeweitet. Es werden auch mehrere Renaturierungsprojekte durchgeführt.

Als wichtigste Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2010 sind die Sicherungsarbeiten am Eisack in Bozen anzusehen. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Schutzmaßnahmen, die im mehrjährigen Maßnahmenkatalog in verschiedenen Einzugsgebieten vorgesehen sind. In der Lawinenverbauung werden wichtige Projekte in den Gemeinden Schnals, Martell und Ratschings weitergeführt.

Es geht dabei nicht um große Einzelprojekte, sondern um eine Vielzahl von Maßnahmen, die sowohl in den Bächen als auch in instabilen Hangbereichen und Lawinenzenen durchgeführt werden müssen. Es hat sich bei Unwettern im Jahr 2009 eindeutig erwiesen, dass durch diese konstante Arbeit in vielen Einzugsgebieten von Wildbächen größere Schäden verhindert worden sind.

Die Abteilung für Brand- und Zivilschutz wird im Jahre 2010 ihre Tätigkeit auf die vier tragenden Säulen des Zivilschutzes ausrichten:

Unter die Vorhersage zivilschutzrelevanter Risiken fällt die Führung des Funktionszentrums wobei ein Alarmierungssystem erneuert, das Erdbebennetz gewartet und der Datenaustausch mit dem staatlichen Zivilschutz intensiviert wird. Die hydrographischen Datenerhebungen, die Optimierung des Lawinenwarndienstes, des Wetterdienstes und die Führung der Verkehrsmeldezentrale stehen auch auf dem Programm.

Gesamtausgabe 566.000 Euro

Als zweite Säule werden die Begriffe Vorbeugung und Verhütung von Gefahren geführt. Dabei geht es um ein allgemeines Krisenmanagement, EU-Projekte im Bereich Innovation und Weiterentwicklung, die Verwaltung des Sonderbetriebes für Feuerwehr- und Zivilschutzdienste und der gesamte Bereich der Brandverhütung. Relevant sind darunter die Gewährung von Beiträgen an Gemeinden für Schutzbauten, für Feuerwehrhäuser und Beiträge an Organisationen ohne Gewinnabsichten. Unter die Vorbeugemaßnahmen werden auch die Führung des Landesfunknetzes gereiht.

Auch ein Vertragsvorschlag über die Zusammenarbeit mit dem Staat (Ressort für Zivilschutz) im Rahmen einer Landeswarnzentrale mit den Befugnissen des Funktionszentrums wird vorbereitet.

Für all diese Vorbeugungsmaßnahmen sind Ausgaben von knapp 22 Mio. Euro vorgesehen.

Unter der Säule des Einsatzes sind erwähnenswert die Landesnotrufzentrale, der gesamte Bereich der Berufsfeuerwehr, die Nachbearbeitung des Einsatzes im Erdbebengebiet in den Abruzzen sowie die Bergrettungsdienste.

Für den Bereich Einsatz stehen 1.614.940 Euro zur Verfügung.

Insgesamt werden folglich 23.941.320,77 Euro für die vier Säulen des Zivilschutzes verwaltet.

Als vierte Säule, dem Wiederaufbau nach großen Ereignissen, ist die Behebung von Unwetterschäden anzuführen.

Die für einen eventuellen Wiederaufbau notwendigen Finanzmittel werden ggf. vom Reservefond behoben.

Das Jahr 2010 wird im Ressort für Raumordnung, Umwelt und Energie dahingehend genutzt, weitere strategische Weichenstellungen in Richtung einer innovativen und weitsichtigen Nachhaltigkeitskultur im Umgang mit dem Raum mit der Natur und Landschaft und den natürlichen Ressourcen vorzunehmen. Die aus den lokalen Standortbedingungen resultierenden besonderen Herausforderungen – wie der nachhaltige Umgang mit den knappen Grund und Boden, das hohe Naturgefahrenpotenzial, die Sensibilität der Ökosysteme und die die im Gebirgsräumen besonders wirkenden Schadstoffe – werden immer stärker von global wirkenden Umweltphänomenen wie den Klimawandel überlagert. Diese globalen Probleme fordern die Landespolitik ganz besonders und verlangen nach langfristigen Politikstrategien. Das Defizit liegt hierbei weniger in den bereits genügend vorhandenen Zielen, sondern mehr denn je in nicht ausreichende Umsetzungsmaßnahmen. Eine Antwort darauf, wie mit diesen Herausforderungen umzugehen ist und wie die Nachhaltigkeitskultur als gesamtgesellschaftliches Handlungsprinzip in diesem Land weiter umgesetzt werden kann, wird der neue LEROP geben. Der LEROP wird 2010 zum Abschluss gebracht werden.

Im Kielwasser des LEROP wird auch ein neues Landesraumordnungsgesetz erarbeitet. Bereits im Jahr 2009 wurde das Raumordnungsgesetz mit einigen kleinen, aber für die Umwelt bedeutsamen Bestimmungen ergänzt. Diese Ergänzungen betreffen Anreize, um die Energieeffizienz im Bausektor zu erhöhen, ohne dabei eine zusätzliche Belastung für den Haushalt zu schaffen. Bauvorhaben können einen Bonus in Form von zusätzlicher Baumasse beanspruchen.

Die Abteilung 28 Natur und Landschaft wird sich im Bereich der Landschaftsplanung weiterhin um die nachhaltigen Entwicklung der gesamten Landschaft und den Schutz von besonderen ökologischen und landschaftsästhetischen Wertigkeiten befassen. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden sind zahlreiche bestehende Landschaftspläne zu überarbeiten oder grundsätzlich neu zu erstellen und in ihrer Ausrichtung auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit abzustimmen.

Durch Nutzung der technischen Möglichkeiten moderner Geoinformation, digitaler Kartografie und Fernerkundung werden die Entwicklung der Raumnutzung beobachtet und hinsichtlich von Nachhaltigkeitsindikatoren bewertet. Zu dem Zweck ist eine effiziente Koordinierung und Zusammenarbeit aller Dienststellen, die Rauminformationen bearbeiten und für die eigenen Aufgaben benötigen, sicherzustellen, die alle Synergien nutzt und Doppelarbeiten vermeidet.

Im Bereich der Baukultur und Eingriffsbewertung werden die Anstrengungen weiter ausgebaut. Ziel ist es die Sensibilität und die Bewusstseinsbildung in den Gemeinden im Umgang unserer reizvollen Landschaft voranzutreiben. Ziel ist es unerwünschte Auswirkungen von notwendigen Eingriffen auf das Landschafts- und Ortsbild zu minimieren und auch in ihrer Qualität zu steigern.

Auch die vorgesehenen Landschaftspflegebeiträge unterstützen unsere von der traditionellen Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft in ihrer Besonderheit zu erhalten und qualitätvoll weiter zu entwickeln. Bedeutsame Einzelinitiativen werden von der zuständigen Abteilung weiterhin unterstützt. Auch mit Mittel aus dem neu geschaffenen Landschaftsfond werden zielorientierte Vorhaben im Bereich der biologischen und landschaftlichen Vielfalt sowie den Ensembleschutz unterstützt.

Die Anstrengungen im Bereich Naturschutz und Schutzgebietsmanagements zielen auf eine nachhaltige Bewahrungen der Kronjuwelen unserer Landschaft. Im Vordergrund stehen die geschickte Besucherlenkung in den naturschutzfachlich besonders wertvollen Gebieten wie Naturparks und großflächige Biotopschutzgebiete. Im Rahmen des Ländlichen Entwicklungsplanes werden in den Natura-2000-Gebiete verschiedene Erhaltungsmaßnahmen umgesetzt. Die natürlichen Lebensräume werden jedoch landesweit weiter aufgewertet. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient auch die Vernetzung der Lebensräume und die Erhaltung bzw. Verbesserung der Wildtierkorridore im Sinne eines landesweiten ökologischen Verbundes.

Eine besondere Herausforderung stellt das Projekt UNESCO Welterbe Dolomiten dar. In Zusammenarbeit mit den Provinzen Belluno, Trient, Pordenone und Udine sowie mit den Regionen Veneto und Friaul Julisch Venetien wird die Stiftung Dolomiten UNESCO gegründet. Das Land Südtirol wird sich am Stiftungskapital und an den laufenden Ausgaben derselben beteiligen. Für die Entwicklung einer einheitlichen Marke und eines Corporate Design wird ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben.

Eine erfolgreiche Arbeit leisten die bestehenden sechs Naturparkhäuser. 2010 nimmt in Villnöss die siebte dieser Einrichtungen ihren Betrieb auf. Der Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung fällt aber im gesamten Ressort eine bedeutende Rolle zu. Sie werden weiter ausgebaut und künftig unter den Abteilungen stärker koordiniert. Auch im Zuge der Fertigstellung des neuen LEROP als auch des neuen Raumordnungsgesetzes wird ein begleitender Informations- und Mediationsprozess eingerichtet.

Im Bereich Abfall und Abwasserbewirtschaftung sind Investitionen im Ausmaß von insgesamt 52. Mio. € vorgesehen. Ziel ist es, das internationale Qualitätsniveau im

Entsorgungsbereich zu halten. Dabei schlägt der geplante, neue Verbrennungsofen in Bozen mit rund 25 Mio. € zu Buche. Auch ist die Deponie Frizzi Au zu erweitern und die Altlast Sigmundskron zu sanieren. Einige Kläranlagen werden an die neuen EU-Bestimmungen angepasst oder erweitert bzw. es wird nach einer Lösung für die Klärschlammensorgung in der westlichen Landeshälfte gesucht. Auch ist die Ausarbeitung der Durchführungsverordnungen zum Abfallgesetz vorgesehen. Der neu ausgearbeitete Landesgesetzentwurf zum Lärmschutz wird den zuständigen Gremien vorgelegt und weiter vorangetrieben.

2010 wird die Landesagentur für Umwelt neue Messgeräte ankaufen, um den gesellschaftlichen Ansprüchen eines modernen und zeitgemäßen Umweltmonitorings weiter nachkommen zu können. Dieses Messstellennetz wird vom eigenen Personal geprüft und gewartet.

Das Jahr 2010 gilt als wichtiger Meilenstein für den Energie- und Wassersektor im Allgemeinen und für die Erzeugung und Verteilung der Elektroenergie im Speziellen. Der Druck auf die natürliche Ressource „Wasser“ wird zunehmen und sich aufgrund des globalen Wandels künftig verschärfen. Es gilt die nachhaltige Inwertsetzung der Ressource Wasser im Rahmen der natürlichen Standortbedingungen voranzutreiben. Auch Südtirol unterstützt den Klima-Aktionsplans der Alpenkonvention und die europäischen Vorgaben in diesem Bereich. Das Land will seine führende Rolle im Bereich der Energieeffizienz und der Energieversorgung aus erneuerbaren Ressourcen weiter ausbauen. Grundlagen hierfür wurden im kürzlich abgehaltenen Dreierlandtag geschaffen. So steht die Ausarbeitung eines grundlegenden Konzeptes zum Aufbau eines Grünen Korridors Energie entlang der Brenner-Achse. Im Rahmen dieses Projektes geht es um die Vernetzung und Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren Energieträgern, die regional übergreifende Energievernetzung und ein grenzüberschreitendes Umweltmonitoring im Brennerkorridor. Ferner wird danach getrachtet die landwirtschaftliche Produktion entsprechend einzubeziehen um zu einer insgesamt umweltschonenderen Nutzung der Fläche zu kommen. Gemeinsam mit dem Trentino und Tirol wird ein grenzüberschreitender Klimagipfel vorbereitet.

Im kommenden Jahr werden verschiedene Konzessionen für Wasserableitung zu Energieproduktion auslaufen. Es gilt deshalb vorrangig Lösungen für jene Projekte zu behandeln, welche die Ressource „Wasser“ effizientesten Nutzen und gleichsam die damit verbundenen System am wenigsten beeinträchtigen. Ferner wird der Übergang der von der ENEL verwalteten Stromverteilernetze an die Gemeinden eingeleitet. Von nun an wird

die Elektroenergie in Südtirol durch ein System gekennzeichnet, welches den Energiebedarf eigenständig und wirtschaftlich unabhängig macht.

Wie bereits in den letzten Jahren werden außerdem Initiativen gestartet, die zur Unterstützung der alternativen Energiequellen beitragen, damit eine energieeffiziente und umweltfreundliche Erzeugung gewährleistet wird und das Modell Klimahaus eine noch bedeutendere Entwicklung erfährt.

In den nächsten Jahren wird im Ressort insgesamt eine Überprüfung aller Verfahrensabläufe im Hinblick auf Vereinfachungs- und Beschleunigungspotentiale vorgenommen. Ziel ist es, die Verwaltungseffizienz zu steigern und die Planungskosten und -zeiten zu verringern. Ferner werden Optimierungspotenziale in den Abteilungen gesucht, um den anstehenden neuen thematischen Herausforderungen in den folgenden Jahren Rechnung tragen zu können und den Servicecharakter zu erhöhen.

Im Ressort wird die Ausbildung der Führungskräfte verstärkt. Die Tätigkeit in den internationalen Programmen (EFRE-grenzüberschreitende Zusammenarbeit, EFRE Alpine Space) und die transdisziplinäre Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in und außerhalb der Region werden intensiviert. Gemeinsam mit dem Präsidium wird gemäß dem vereinbarten Tätigkeitsprogramm der ARGE Alp Arbeitsgruppe Energie aktiviert.

Das Assessorat Mobilität hat sich, auch für das Jahr 2010 hochgesteckte Ziele gesetzt, wie die Fortführung der strategischen Ziele um ein tragbares und integriertes Transportverbundsystems zu gewährleisten.

Aus diesen Gründen sowie aus dem klaren politischen Willen, das System des öffentlichen Personennahverkehrs in Südtirol zu verdichten, sollen die vorgesehenen Mittel wie folgt eingesetzt werden:

- Verwirklichung des Projektes „Südtirol-Takt“, d.h. Stundentakt auf allen Zugstrecken und Buslinien von Landesinteresse, zu den Stosszeiten halbstündlich verstärkt, vor allem für die Verbindungen zwischen den Hauptzentren gedacht. Außerdem ist eine Rationalisierung der Dienste um eine Ausgabenstabilisierung zu gewährleisten, vorgesehen.
- Zur Vervollständigung dieses Projektes werden die Dienste bezüglich der Bahnverbindungen im Pustertal rationalisiert werden. Es wird auch eine Neueinstufung der Bahninfrastrukturen und der entsprechenden Bahnhöfe der Linie entlang vorgesehen werden; dies für einen Betrag von 9 Millionen Euro.

- Die Fortführung des dreijährigen Dienstvertrages mit Trenitalia für einen Betrag von 27.800.000.- Euro.
- Sanierung und Umgestaltung der auf das Land übergegangenen Bahnhöfe und der dazugehörenden Areale zur Verbesserung des Zugangs, der intermodalen Verbindung mit den Linienbussen und zur Rationalisierung der Beförderungsdienste und eine beträchtliche Erhöhung der Parkplatzanzahl für die Pendler.

Für die Erneuerung des Autobusfuhrparks sind Investitionen in Höhe von 3 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen.

Besonderes Augenmerk wird auf die urbanistisch-modale Aufwertung der Bahnhofsareale entlang der Linie Bozen - Meran, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, gelegt; diese werden Gegenstand eines mehrjährigen Arbeitsplanes sein.

Für die öffentlichen Zug- und Busdienste ist eine Ausgabe von zirka 120 Millionen Euro vorgesehen, Betrag der sich aus den Kosten des neuen Dienstvertrages mit Trenitalia für die Landesdienste anstelle des Staates, der Vinschgerbahn und der Busdienste, ergibt.

Im Bereich Seilbahnen sind neue Ausgaben für einen, für unseren Handel und Tourismus führenden Sektor, und für Anlagen in Gebieten, die von der EU als strukturschwach eingestuft sind, vorgesehen.

Im Bereich Flughafen wird der Dienstvertrag mit dem Betreiber der Flughafenstruktur fortgesetzt und der Flugdienst wird auf der Verbindung Bozen-Rom mit der Vergütung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unterstützt.

Das Landesbautengesetz muss im Sinne der geltenden EU-Richtlinien sowie der staatlichen Bestimmungen überarbeitet werden. Es soll ein organisches Landesgesetz entstehen.

Die Finanzierung von verschiedenen Bauvorhaben wird im Jahresprogramm vorgezogen, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln. In Zukunft werden die Arbeiten wieder getrennt nach Gewerken ausgeschrieben, um für Mittel- und Kleinbetriebe die Teilnahme zu ermöglichen.

Im Bausektor ist der Abbau von Bürokratie besonders wichtig, da dadurch die Klein- und Mittelbetriebe entlastet werden.

Seit einigen Jahren ist es ein wichtiges Ziel dieses Ressorts, die Qualität der Bauten ständig zu verbessern. Um das zu erreichen hat man schon vor Jahren eingeführt, dass die Vergabe der Bauaufträge nach dem Prinzip des Bestbieters und nicht nach jenem des Billigstanbieters erfolgt. Beim neuen Verfahren werden bei der Vergabe nicht nur der Preis, sondern vorrangig Qualitätskriterien bewertet wie z. B.: Referenzen über vergleichbare ausgeführte Arbeiten, die Berufserfahrung der verantwortlichen Techniker des Unternehmers, die Qualität der angebotenen Produkte, Kürzung der Bauzeiten und Ähnliches. Es ist zunehmend festzustellen, dass sich dieser Vergabemodus bewährt. Es kommen für öffentliche Bauten nur mehr hoch qualifizierte Unternehmen zum Zug. Die Qualität des Gebauten hat sich verbessert.

Dasselbe System der Vergabe wird aber nicht nur für Bauarbeiten für den Hoch- und Tiefbau angewandt, sondern auch für Dienstleistungen d. h. für die Vergabe von Planungsaufträgen und anderen technischen Leistungen. Auch in diesem Bereich ist es wichtig, dass beste Qualität garantiert wird. Diesbezüglich wird an der Verbesserung des Vergabemodus gearbeitet.

Auf allen Baustellen des Hoch- und Tiefbaus erfolgt seit Jahren eine lückenlose Anwendung der neuen Sicherheitsvorschriften. Für jeden Bau gibt es einen Sicherheitskoordinator, der auf die Einhaltung der Vorschriften achtet und die Sicherheitsaspekte der Baustelle ständig überwacht. Was die Unfälle auf Landesbauten anbelangt, so kann in den letzten Jahren und vor allem seit der Einführung des Sicherheitskoordinators eine sehr positive Bilanz gezogen werden.

Die Bauarbeiten an der Umfahrung Brixen – Vahrn und jener von Leifers, Auer und Vintl sowie am "Tunnel Sonnenburg" werden fortgeführt. 2010 erfolgt zudem der Baubeginn für das erste Baulos der Nord-West Umfahrung von Meran.

Auch im Jahr 2010 wird ein besonderes Augenmerk auf die Beseitigung von geologischen Gefahrenstellen gelegt. Weitere Hangsicherungsarbeiten sind geplant, so auf der Staatsstraße 12 bei Kollmann, am Penser Joch, im Schnalstal und in Meransen. Die Arbeiten für den Bau der neuen Tunnels ins Sarntal gehen weiter. Die Planung der Sicherungsarbeiten auf der Völser Straße und für den Ausbau der Mendelstraße im Bereich des Tumortales wird fortgesetzt.

Auch im Jahr 2010 werden verschiedene Brücken im ganzen Land statischen Kontrollen und Abnahmen unterzogen sowie weitere Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt.

Die Arbeiten am Verbrennungsofen gehen weiter. Im Jahr 2010 wird mit den abschließenden Arbeiten zur Sanierung der ehemaligen Deponie von Sigmundskron und für die Erweiterung der Deponie „Frizzi“ in Pfatten begonnen.

Das im Jahr 2009 vorgegebene Ziel, das ganz Land mit schnellen Internetanschlüssen abzudecken wurde großteils erreicht. Daten werden durch Breitband, wireless und Satelliten übertragen. Weitere Eingriffe zur Vervollständigung des Netzes der primären Infrastrukturen sowie wichtiger Abschnitte des sekundären Netzes sind in Ausführung.

Demnächst werden die Arbeiten für die primäre Erschließung des Gewerbegebietes von Landesinteresse „Einsteinstraße Süd und Flughafenstraße“ in Bozen beginnen. Im Jahr 2010 sollen die Arbeiten des zweiten Bauloses in der Gewerbezone Ex-Iveco ausgeschrieben werden.

In den nächsten Jahren wird der Schwerpunkt des Hochbaues auf den Ausbau der Krankenhäuser von Bozen, Bruneck und Brixen gelegt. Im Krankenhaus Sterzing wird die Sanierung der einzelnen Bereiche durchgeführt. Weiters werden verschiedene Bauvorhaben im Schulbau durchgeführt, vor allem im Bereich der Berufs- und Oberschulen, um den bestehenden örtlichen Raummangel zu beheben (Meran, Bruneck, Bozen und Schlanders). Auch werden neue Schülerheime in Bruneck, Meran und Mals errichtet.

Im Bereich der Geologie steht die Neukartierung des Landes weiterhin im Mittelpunkt. Diese geologischen Karten stellen eine unverzichtbare Grundlage für die Gefahrenzonenkartierung dar. Inzwischen sind 5 Kartenblätter publiziert und 9 weitere sind in Bearbeitung.

Im Straßensektor (Asphalte und Unterbau) werden Verwendungsmöglichkeiten von Recyclingbaustoffen (Baurestmassen und Fräsgut) erprobt und innovative und umweltfreundliche Rezepturen erstellt.

Im Haushaltsjahr 2010 werden erhebliche Geldmittel für die außerordentliche Instandhaltung der Brücken und des Straßenbelags, für die zentralisierte Tunnelwartung, die weitere Sicherung der steinschlaggefährdeten Abschnitte und die Erneuerung der Straßenleitplanken investiert.

18 Mio. Euro werden im Jahr 2010 für Ankäufe von Liegenschaften investiert. Angekauft werden sollen der Grund für die Kletterhalle in Bruneck sowie für die Meraner Berufsschule.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung des Landes kann als sehr gut betrachtet werden, die Lebenserwartung der Südtiroler Bevölkerung ist eine der höchsten in Europa und die Zufriedenheit über das Gesundheitswesen ist als mehr als zufrieden stellend.

Die Durchführung der Neuordnung des Landesgesundheitswesens wird auch im Jahr 2010 Hauptaugenmerk der Landespolitik im Sanitätsbereich sein. Nach der Neuordnung des Verwaltungsbereiches wird die klinische Neuordnung straff weitergeführt mit der Vernetzung der öffentlichen Krankenhäuser, der Errichtung und Stärkung von Referenzzentren, der Erstellung einheitlicher Betreuungs- und Behandlungspfaden sowie dem Aufbau von Qualitätsmanagementstrukturen. Andere bedeutende Ziele betreffen die Reduzierung der Wartezeiten für fachärztliche Leistungen sowie der Aufbau eines integrierten Netzwerkes der Jugendpsychiatrie. Der von der Bevölkerung stark gewünschte komplementärmedizinische Dienst wird in Krankenhaus Meran in Form eines Pilotprojektes konkrete Formen annehmen. Der Landesgesundheitsplan soll innerhalb des Jahres 2010 von der Landesregierung beschlossen werden. Vor der Entscheidung wird der Vorschlag zu einer breiten Diskussion freigegeben.

Bereich Forschung: Durch die Errichtung des Institutes für Molekularmedizin wird internationale anschlussfähige biomedizinische Spitzenforschung betrieben werden, verbunden mit einer nachhaltigen Weiterentwicklung der Medizin in Südtirol. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Stammzelltherapie sein. Im Bereich der Neurorehabilitation wird die Forschung zum Zweck der Errichtung eines wissenschaftlichen Institutes für die stationäre Aufnahme und Behandlung mit staatlicher Tragweite und in enger Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Hochzirl initiiert.

Auch im kommenden Jahr wird der Bereich der Vorsorge und Prävention zur Förderung eines gesunden Lebensstils und zur Vorbeugung vor Erkrankungen einen Schwerpunkt im Gesundheitswesen bilden. Arbeitsschwerpunkte sind die Gesundheitserziehung an den Schulen und die Weiterführung der landesweiten Kampagne zur Prävention des Alkoholmissbrauchs. Die Fortsetzung der außerordentlichen Impfkampagne gegen die Neue Grippe wird die effiziente Organisation des Landesgesundheitsdienstes bestätigen. Durch die Zusammenarbeit mit der Stiftung "Vital" werden die Projekte „Gesunde Gemeinde“ und „Gesunder Betrieb“ zur Prävention und Förderung eines gesunden

Lebens- und Arbeitsstils und die Messe Gesund – vital vorangetrieben. Weiters werden durch die Stiftung Vital Projekte zur ausgewogenen gesunden Ernährung und zur gesundheitsfördernden Bewegung umgesetzt.

Der EDV Bereich stellt auch im Jahr 2010 eine prioritäres Ziel, insbesondere was das Krankenhausinformationssystem KIS bzw. die Vernetzung zwischen Krankenhaus und territorialen Einrichtungen betrifft, dar. Die Modernisierung der medizintechnischen Geräte bleibt ein zentrales Anliegen, um die Effizienz und Qualität des Gesundheitssystems zu gewährleisten.

Im Personalbereich soll vor allem der Bereichsvertrag des nichtärztlichen Personals des Landesgesundheitsdienstes für den Zeitraum 2005 – 2008 abgeschlossen werden. Die Zusammenarbeit mit der neuen Landesagentur für Kollektivverhandlungen und dem Südtiroler Sanitätsbetrieb wird dabei weiter ausgebaut.

Eine große Herausforderung ist der Ärzte- und Fachärztemangel, der sich auch in Südtirol abzeichnet. Ein Drittel der Krankenhausärzte haben bereits ein Lebensalter von über 50 Jahren erreicht, bei den Ärzten für Allgemeinmedizin ist es sogar bereits die Hälfte. Die Ausbildungsoffensive, die unter anderem auch durch die Errichtung der Fachartztausbildungsstellen im Südtiroler Sanitätsbetrieb gestartet wurde, muss fortgesetzt werden.

Im Bereich der Krankenhausbauten werden die in den vergangenen Jahren begonnenen Großprojekte am Krankenhaus Bozen (Weiterführung der Errichtung der neuen Klinik, für ambulante und chirurgische Dienste, Erste Hilfe, Wiederbelebung und entsprechende Betten) Brixen (Weiterführung des Umbau des Bettentraktes) und Bruneck (Errichtung des multifunktionales Gebäude für die territoriale Fachdienste und Langezeitkranken und des Gebäudes für die Verwaltungsdienste) weitergeführt. In den Krankenhäusern von Innichen und Sterzing werden größere Sanierungsarbeiten durchgeführt.

Im Bereich der Sprengelbauten wird der Bau des neuen Sprengels Lana- Umgebung und des Sprengelstützpunktes Kastelruth weitergeführt und die Projekte für die neuen Sprengelsitze Brixen-Umgebung und Wipptal abgeschlossen bzw. der Bau begonnen werden. Außerdem werden Räume zur Sprengelerweiterung Überetsch angekauft und in einigen Sprengeln werden Anpassungsarbeiten durchgeführt. Für das psychiatrische Rehabilitationszentrum und Wohnheim in Bozen wird das Projekt abgeschlossen werden. Der Umbau des psychiatrischen Wohnheimes in der Dalmatienstrasse in Bozen wird abgeschlossen sein. Außerdem werden Investitionen (z.B. Ankauf von medizinischen

Geräten, Einrichtungen, EDV, Fahrzeuge, usw.) in den Sprengeln und in den territorialen Diensten des Südtiroler Sanitätsbetriebes finanziert.

Für eine bessere Betreuung von Menschen werden auch im Jahr 2010 den Alters- und Pflegeheimen des Landes finanzielle Mittel für den Ankauf von Pflegebetten und medizinischen Geräten zur Verfügung gestellt.

Hinsichtlich der Organisation und Überwachung des sanitären Leistungsangebotes auf dem Territorium werden, in Zusammenarbeit mit dem Südtiroler Sanitätsbetrieb, Projekte im Bereich „Palliativbetreuung“ realisiert und die medizinische Betreuung im Gefängnis von Bozen garantiert.

Das Sozialwesen Südtirols hat einen guten Standard erreicht. Das wird von allen anerkannt. Im Sozialplan 2007-2009 sind die wichtigsten Strategien angegeben. Der Zeitraum des Planes ist mit dem Jahr 2009 zwar abgelaufen, inhaltlich ist er aber weiter aktuell und soll weiter als Planungsgrundlage dienen.

Die Wirtschaftskrise hat einige soziale Probleme verschärft. Südtirol hat, gemeinsam mit der Region Trentino-Südtirol, sofort reagiert und schnelle und wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt hat.

Grundlage für das Gedeihen unserer Gesellschaft sind zwei Werte: Selbstverantwortung und Solidarität. Damit diese Grundwerte ihren Stellenwert im Zusammenleben behalten, müssen alle, der Einzelne, die Familien, die Schule, die Kulturschaffenden, die Wirtschaft, die Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, die gesamte Politik sich nach diesen Werten ausrichten.

Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise, in welcher konkret den Wirtschaftsbetrieben geholfen wurde, soll auch den Arbeitslosen unter die Arme gegriffen werden. Die Sondermaßnahmen des Landes und der Region bei wirtschaftskrisenbedingter Arbeitslosigkeit werden vor allem im Jahr 2010 ihre Wirkung zeigen. Die finanzielle Sozialhilfe mit dem sozialen Mindesteinkommen wird weiter eine wichtige Funktion erfüllen. Die Zusatzleistungen der Region bei Arbeitslosigkeit sind wichtige Hilfestellungen für die Familien. In Südtirol soll gerade in Krisenzeiten niemand, der es mit eigenen Mitteln nicht schafft, in die Armut gedrängt wird. Auch für die Renten der Zivilinvaliden ist im Land 2010 eine Erhöhung der Ausgabe um 8 Millionen € vorgesehen.

Ich verweise weiter auf das wichtige Projekt der Pflegesicherung. Die Vorausberechnungen haben sich im Wesentlichen bestätigt. Wir wissen jetzt – zweieinhalb Jahre nach Beginn der Auszahlungen des neuen Pflegegeldes am 1.7.2008 –

dass etwas mehr Pflegebedürftige als vorausgesagt in den Genuss der Geldleistungen kommen (insgesamt 13.200 Personen zirka) Aufgrund der etwas günstigeren Verteilung der 4 Pflegestufen hält sich die Gesamtausgabe aber im Wesentlichen innerhalb der berechneten Beträge. Südtirol wird die mit dem Landesgesetz über die Pflegesicherung eingegangenen Verpflichtungen weiter einhalten, auch heuer, wo trotz Reduzierung des Landeshaushaltes die 7 Millionen € mehr an Mitteln für den Pflegefond bereitgestellt wurden. Den Großteil der Pflege leisten unsere Familien (70 % werden zu Hause gepflegt). Einen wichtigen Beitrag zur Pflege unserer Senioren leisten aber auch die Alten- und Pflegeheime. Sie werden baulich weiter gefördert. Ein 5-Jahresplan zur Finanzierung der Pflege in den Heimen ist genehmigt worden und soll jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden, indem Leistungen und Kosten landesweit auf ein einheitliches Niveau gebracht werden.

In den Jahren 2010 und 2011 soll schließlich das sozialpolitisch zentrale Projekt der einheitlichen Einkommens- und Vermögensberechnung bei den gesamten Sozialleistungen zum Abschluss kommen, sodass bei den Sozial- und Gesundheitsdiensten, bei der Schul- und Hochschulfürsorge und beim geförderten Wohnbau bei den Gesuchstellungen die gleichen Kriterien bei Einkommen und Vermögen gelten. Das bringt einfachere Verfahren, somit mehr Transparenz für die Bürger und vor allem mehr soziale Gerechtigkeit.

Die Leistungen im Sozialbereich sollen auf dem bisherigen Niveau gehalten werden und für neue Bedürfnisse ausgebaut werden. Das kann nur gelingen, wenn einerseits kritisch nachgeschaut wird, wo ein nicht mehr gerechtfertigter Leistungsstand besteht. Auch die in der Zwischenzeit sich gebildeten Organisationsformen bei den Sozialdiensten sind anzuschauen, um die eine und die andere Einsparung zu erreichen. Die wesentlichen Leistungen sind besser herauszuarbeiten. Sie sind finanziell zu sichern.

Die Familienpolitik ist bereichsübergreifend. In dieser ersten Phase der Legislatur soll weiter auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gebaut werden. Die Betriebe und die Wirtschaft sind für das Thema zu sensibilisieren. Es ist eine gute Investition in die Betriebs- und Lebensqualität der Mitarbeiter und vor allem MitarbeiterInnen, wenn Arbeitszeiten flexibel gestaltet werden und geschaffen werden. Der Wiedereinstieg in den Beruf soll für Frauen durch Weiterbildungsangebote und vor allem durch die Schaffung von Kleinkinderbetreuungseinrichtungen erleichtert werden. Dazu braucht es das Zusammenspiel von Betrieben, Gemeinden und Land. Die Finanzierung dieser Einrichtungen soll gemeinsam mit den Gemeinden vereinheitlicht werden und die Tarife für

die Familien neu geregelt werden. Wir sehen einen weiteren Ausbau dieser Einrichtungen als notwendig. Die Vorgabe des Sozialplanes von 15% Betreuungsplätzen für Kinder im Alter bis 3 Jahren ist weiter die Zielmarke.

Selbstverantwortung und Solidarität sind Werte, ohne welche eine Gesellschaft nicht friedlich leben kann. Sozialer Friede ist aber Voraussetzung für jegliche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, auch und gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten.

Ein Ziel in den strategischen Leitlinien des zuständigen Landesressorts ist die Unterstützung des Grundbedürfnisses Wohnen. In Übereinstimmung mit dieser politischen Vorgabe möchte das Ressort der Fertigstellung der Programme des sozialen Wohnbaus absoluten Vorrang einräumen, vor allem in Dichtbesiedelten Gemeinden. Die bestehende Bausubstanz soll schnellstens saniert und die Neubauten sowie vorgesehenen Wiedergewinnungen abgeschlossen werden.

Zusätzlich zu den Wohnbauförderungen für den Erwerb von Wohnungseigentum, soll nach Verabschiedung des Omnibus Gesetzes das Programm von Wohnungen zu amtlich festgelegten Mietzinsen (Landesmietzins) für den Mittelstand auch über die Förderung eines Public Private Partnership umgesetzt werden. Hierfür wurden bereits mögliche Erweiterungszonen in verschiedenen Gemeinden des Landes, die sich dem Programm angeschlossen haben, ermittelt. Die Realisierung des Bauprogramms innerhalb eines kurzen Zeitraums trägt dazu bei, die lokale Wirtschaft, die sich momentan vor allem in der Baubranche und dem Bereich Handwerk in einer schwierigen Situation befindet, anzukurbeln. Sie trägt außerdem dazu bei, das Angebot auf dem lokalen Mietwohnungsmarkt, der heute vorwiegend mit Wohngeld gestützt wird, zu verändern.

Mit 1. Jänner 2010 startet die neue Abteilung 42 Museen, die Körperschaft Landesmuseen wird in einen Landesbetrieb umgewandelt und in die Abteilung Museen integriert. Alle Museumsagenden, die bisher in der Abteilung 14 Deutsche Kultur und im Amt für Kultur abgewickelt wurden (Museenservicestelle, Beiträge) gehen auf die neue Abteilung über, um Synergien zu ermöglichen und gleichzeitig eine Verschlankung und Rationalisierungen auf der Ebene der Gremien zu erreichen. Der Verwaltungsrat der Körperschaft Südtiroler Landesmuseen und der Museumsbeirat im Amt für Kultur werden aufgelöst.

Zum Abschluss des Gedenkjahres „Geschichte trifft Zukunft“ wird ein Institut für Regionalgeschichte errichtet und mit Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung als nachhaltige Maßnahme des Gedenkjahres beauftragt.

Der Schwerpunkt der Arbeit in der Abteilung Denkmalpflege gilt weiter dem Schutz und der Erhaltung der Kulturgüter und der Sensibilisierung für die Denkmalpflege. Der erfolgreiche „Tag des europäischen Denkmals“, den die drei Ämter gemeinsam ausrichten, nimmt einen festen Platz im Arbeitskalender ein. Ein besonderer Stellenwert wird den gefährdeten Denkmälern und entsprechenden Sanierungsstrategien eingeräumt. Das Amt für Bodendenkmalpflege setzt einen Arbeitsschwerpunkt auf die Ausgrabung einer eisenzeitlichen Kultplatzes in Siebeneich, ebenso auf die Ausgrabung der spätrömerzeitlichen Villa in St. Pauls, die beide besondere Glücksfälle archäologischer Funde darstellen.

Das Jahr 2010 ist im Bereich Kultur von folgenden Schwerpunkten geprägt, der Erhaltung des kulturellen Angebots, der Entwicklung von Perspektiven für die weitere kulturelle Entwicklung, von Initiativen zur Förderung der Sprachen, des Zusammenlebens, des demokratiepolitischen Bewusstseins, der Integration der neuen MitbürgerInnen, der Medienpädagogik und -nutzung. Die notwendigen Kürzungen werden vor allem bei den Investitionen vorgenommen. Investition in die Menschen und ihre kulturelle Tätigkeit hat in der Kultur den Vorrang vor der Investition in Mauern.

Innovation soll in der Kultur gefördert werden durch die Erarbeitung eines sprachgruppenübergreifenden Landeskulturplans im Lauf der nächsten Jahre, und die Errichtung eines modernen Bibliothekenzentrums in Bozen. Im Jänner 2010 startet das Familienkulturprojekt „Elternbriefe“ mit den ersten Broschüren.

Die Landesregierung hält am Ziel „Berufsmatura“ fest. Es ist und bleibt eine bildungspolitische Notwendigkeit, interessierten Jugendlichen auch über die Berufsbildung die Möglichkeit des Zugangs zu höheren Studien zu ermöglichen.

Mit Rom sind die Gespräche darüber weiter gegangen und wir sind zuversichtlich, dass eine beiderseits akzeptable Lösung in Reichweite ist. Wir arbeiten in dieser Frage eng mit Trient zusammen und erhalten von dort Unterstützung.

Innerhalb des nächsten Jahres werden wir die berufliche Vollzeitausbildung in ihrer Gliederung in dreijährige Berufsfachschulen und darauf aufbauende 4. Spezialisierungsjahre nach den europäischen und gesamtstaatlichen Standards ausgerichtet haben.

Die Berufsbildung des Landes ist zuständig für die Vergabe von Berufsbefähigungszeugnissen und Berufsdiplomen, die sich nach Berufsbildern und Kompetenzstandards richten, die zwischen Staat und Regionen bzw. autonomen Provinzen vereinbart werden.

Die Lehrlingsausbildung bedarf einiger Anpassungen, damit sie auch für Betriebe, die junge Leute mit höherer Schulbildung in die Arbeit einführen und eingliedern wollen, attraktiv ist. Den Sozialpartnern wollen wir hier mehr Verantwortung übertragen.

Die berufliche Weiterbildung nimmt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Krise ein. Einzelne Arbeitnehmer und Betriebe werden von der öffentlichen Hand , auch vom Land, großzügig unterstützt, damit sie auf dem Arbeitsmarkt ihre Beschäftigbarkeit bzw. Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

„Dienstleister für die Bildung im Lande“ zu sein und „Qualität gewährleisten“ sind im Jahr 2010 die Leitgedanken für den Bereich Bildungsförderung, Universität und Forschung. Im Bereich der Bildungsförderung ist das Ziel möglichst konkret und effizient im Bereich der Ausbildung Chancengerechtigkeit für alle zu gewährleisten. Dementsprechend wird, trotz geringerer finanzieller Mittel, die Unterstützung bedürftiger Studierender ein Kernpunkt der Bildungsförderung sein. Die Förderungsmaßnahmen lassen sich nicht nur als soziale Hilfestellung oder erweiterte Familienförderung verstehen, sondern erhöhen als „Investitionen in die Menschen“ die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Wettbewerbs- und Entwicklungsfähigkeit des Landes.

In der Schulfürsorge bedeutet dies die Studienbeihilfen für Pflicht-, Ober- und Berufsschüler nach einem abgestuften System, die Bezahlung der Leihbücher und die Gewährung des so genannten Bücherschecks, die Sondertransporte für gut 5.000 Schülerinnen und Schüler, die Förderung des Schulausspeisungsdienstes flächendeckend in Südtirol durch Abdeckung von 40% der Führungskosten sowie die Gewährung von Beiträgen für die Führung und den Neu.- bzw. Umbau von Heimstrukturen zu gewährleisten.

Aufgrund der hohen Nachfrage in der Bevölkerung und der unbestrittenen nachhaltigen pädagogischen Wirksamkeit der familienpolitischen Maßnahmen, wird auch 2010 ein Schwerpunkt die Förderung von privaten und öffentlichen Initiativen der Sommer- und Nachmittagsbetreuung für Jugendlichen in ganz Südtirol sein. Auf das Schaffen von Synergien wird sowohl aus organisatorischen als auch aus finanziellen Gründen bei der Förderung großes Augenmerk gerichtet werden.

Im Bereich Hochschulförderung soll das bisher erreichte Niveau erhalten werden. Der Sektor der universitären Weiterbildung und Schwerpunktsetzung durch Master, Praktika aber auch durch Forschungsdoktorate ist in den letzten Jahren stark angestiegen und daher müssen – auch in Anbetracht der begrenzten Finanzmittel - bei der Förderung Prioritäten gesetzt werden.

Das Angebot an Heimplätzen für Universitätsstudenten wird weiter ausgebaut: die Eröffnung des „Peter-Rigler-Hauses mit 91 Heimplätzen ist für Herbst 2010 geplant und damit wird die Zahl der Heimplätze in Bozen auf 523 anwachsen. Damit ist das geplante Ziel zur Schaffung von Heimplätzen für 10-15% der Studierenden fast erreicht.

Im Bereich der Wissenschaft und Forschung stehen die Überprüfung der bisher eingesetzten Steuerungsinstrumente im Mittelpunkt: Die Leistungsvereinbarungen der Freien Universität Bozen und der EURAC werden durch Experten-Reviews auf ihre Zielgerichtetheit überprüft, wo nötig überarbeitet bzw. für die Erarbeitung der neuen Leistungsvereinbarung zugrunde gelegt. Die Erarbeitung eines Monitoring-Konzeptes im Bereich der Forschungsförderung steht ebenfalls auf dem Programm. Durch die Finanzierung des Fraunhofer-Centers in Bozen und den Abschluss einer entsprechenden Leistungsvereinbarung, die für 2010 geplant ist, soll ab dem nächsten Jahr die Forschungslandschaft um eine bedeutende Einrichtung reicher werden, die sich durch eine starke internationale Vernetzung und neue Forschungsschwerpunkte auszeichnet. Leider lassen sich im Bereich der Forschungsförderung aufgrund der reduzierten Haushaltsmittel keine weiteren Schwerpunkte setzen.

Im Bereich der Studieninformation Südtirol gilt es, das umfassende Informationsangebot zu Gestaltungsmöglichkeiten der im Ausland absolvierten Studien unter Berücksichtigung der bisherigen universitären Entwicklungen bzw. Reformmaßnahmen auszuarbeiten, die Gleichstellung bzw. Anerkennung von im Ausland erworbener Studentitel und den damit verbundenen Zugang in die Arbeitswelt zu erleichtern und die studentische Mobilität innerhalb Europa zu fördern. In diesem Zusammenhang wird die Umsetzung des jüngst in Kraft getretenen Notenwechsels aktiv begleitet.

Ein weiteres Ziel ist es, die Anerkennung der Berufsbefähigungen mit entsprechender Beratung und konkreter Unterstützung der zuständigen Ministerien in Rom durch den Aufbau einer Servicestelle zu erleichtern.

Zwei weitere Schwerpunkte werden darin liegen, den neuen bilateralen Verhandlungen für einen weiteren Notenwechsel zuzuarbeiten und die Rahmenbedingungen für die Reform der Lehrerausbildung auf die spezifischen Erfordernisse des Landes bzw. der Südtiroler Schule abzustimmen.

Die aktive Begleitung der Eingliederung des Konservatoriums in die Hochschullandschaft und die Umsetzung des Konzeptes einer globalen musikalischen Ausbildung in Südtirol ist unter Berücksichtigung der Oberstufenreformen ein weiteres Ziel.

Berufswahl ist heute ein komplexer und lebenslanger Prozess geworden. Einen wesentlichen Beitrag zu einer freien und überlegten Schul-, Studien- und Berufswahl sowie zur beruflichen Laufbahnberatung wird vom Amt für Ausbildungs- und Berufsberatung geleistet. Um diese Aufgabe zu verbessern, wird das Angebot des Amtes für Ausbildungs- und Berufsberatung in einer differenzierten und abgestuften Weise festgelegt und die Vernetzung zwischen Berufsberatung und Schulwelt verstärkt.

Im Jahre 2010 wird mit der Umsetzung der Schwerpunkte der Reform der Oberstufe begonnen. Diese betrifft neben den Oberschulen auch die Berufsbildung und möglicherweise auch die Haus- und Landwirtschaftsschulen. Parallel dazu wird versucht, eine neue Bildungslandschaft im Bereich nach der Mittelschule, also für die 15- bis 19-Jährigen zu zeichnen. Ziel ist es, ein ausgewogenes und hochwertiges Bildungsangebot im ganzen Lande anzubieten, Parallelangebote und Überschneidungen abzubauen und die Durchlässigkeit in der Südtiroler Bildungslandschaft zu verbessern. Gleichzeitig zu diesem zentralen Schwerpunkt werden die Regelungen über die Bewertung in der Oberstufe überprüft und der Reform angepasst. Dabei werden die Bestimmungen zu den Übergangen zwischen Oberschulen, Berufsschulen und Haus- und Landwirtschaftsschulen vereinfacht und aufeinander abgestimmt. Als dritten Großbereich im Zusammenhang mit der Oberstufenreform wird begonnen, die umfangreichen Rahmenrichtlinien, also die Lehrpläne, zu überarbeiten und an die Reform anzupassen.

Ein weiteres Ziel im Jahr 2010 ist es, ein Verfahren für den Erwerb der Lehrbefähigung für Hunderte von befristet angestellten Lehrpersonen der Mittel- und Oberschulen zu finden, die schon seit Jahren darauf warten. Dies ist erst dann möglich, wenn der Staat seine

Regeln zur neuen Lehrerausbildung und -aufnahme in Kraft setzt. Überfällig ist der neue Kollektivvertrag für das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art. Zumal man einen gemeinsamen, bereichsübergreifenden Vertrag für das gesamte Lehrpersonal des Landes anstrebt, müssen zuerst die seit vielen Jahren ausstehenden Verträge der Berufsbildung und der Musikschulen abgeschlossen werden, um von einer gemeinsamen Basis starten zu können.

Einige erfolgreiche Initiativen waren die Bestätigung und Verlängerung von befristeten Lehraufträgen sowie der Landeszusatzstellenplan. Im nächsten Jahr wird das Schulamt versuchen, bei der Mobilität des Lehrpersonals neue Wege zu gehen.

Das funktionale Plansoll, das ab 2009/2010 auch in den Oberschulen eingesetzt wurde, muss weiter perfektioniert werden und die Möglichkeiten, Lehrpersonal noch flexibler einzusetzen, müssen erweitert werden. Zudem werden Kriterien und Wege gesucht, einem möglichen Stellenrückgang bei steigender Schülerzahl – vor allem im Oberschulbereich – zu begegnen.

Das neue Bildungsgesetz hat die Neuordnung des Kindergartens und der Unterstufe in Kraft gesetzt. Die Individualisierung und Personalisierung des Lernens stehen im Mittelpunkt. Damit sollen die Lernbedürfnisse aller Schülerinnen und Schülern sowie jener mit unterschiedlich verursachter Benachteiligung sowie jener mit besonderen Begabungen berücksichtigt werden. Zur Festlegung der Curricula der Schulen wurden neue Rahmenrichtlinien erlassen, deren Umsetzung einer der wichtigsten Schwerpunkte unserer Bildungspolitik für das kommende Jahr sein wird. Die Kompetenzorientierung des Unterrichts und die Qualitätsentwicklung unseres Schulsystems sollen dadurch weiterhin gestärkt und gefördert werden.

Das Sprachenlernen wird auch in Zukunft im Mittelpunkt der Bildungsbestrebungen stehen. Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang das „Zweite Maßnahmenpaket zur Sprachenförderung“ verabschiedet. Die darin enthaltenen Maßnahmen müssen konkretisiert und umgesetzt werden. Zudem wurde das Europäische Sprachenportfolio für Südtirol eingeführt, das der spezifischen mehrsprachigen und multikulturellen Situation unserer Schülerinnen und Schüler Rechnung trägt.

Ein weiterer Schwerpunkt für das Jahr 2010 liegt in der Förderung eines gemeinsamen Geschichtsbewusstseins, was auch zur Sensibilisierung für mehr Toleranz und zur Prävention von Rechtsextremismus beitragen soll.

Im Bereich der Unterstützung und Beratung steht der Umgang mit Vielfalt an unseren Schulen im Mittelpunkt. Zur Förderung der Integration von Kindern, Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen wird nicht nur die Professionalisierung des Lehrpersonals im Integrationsbereich, sondern aller Lehrpersonen angestrebt und durch die Erhöhung und breite Fächerung der Bildungsangebote weiter vorangetrieben. Schulen sollen im Umgang mit schwierigen Situationen und den immer größer werdenden Anforderungen unterstützt werden. Eine wichtige Ressource stellen die Pädagogischen Beratungszentren in den Bezirken Bruneck, Brixen, Bozen, Meran und Schlanders dar.

Das Schwerpunktthema der Gesundheitsförderung ist die Schaffung guter Rahmenbedingungen für alle in der Schule Tätigen. Für Umgang mit Mobbing-Situationen wird Unterstützung geboten, auch Gewaltprävention ist ein großes Anliegen.

Die Finanzierung des Lehr- und Verwaltungsbetriebes erfolgt als ordentliche und außerordentliche Zuweisung an die Schulen. Die ordentliche Zuweisung wird aufgrund von Kriterien, welche die Landesregierung genehmigt hat, vorgenommen. Diese Zuweisungen zusammen mit den Beiträgen der Eltern müssen den normalen Betrieb der Schulen garantieren.

Die außerordentlichen Zuweisungen sind für Grundausstattung, für unvorhersehbare Ausgaben und für besondere Situationen vorgesehen. Die Situation der Finanzierung der Schulen ist zwar insgesamt zufriedenstellend, es werden die Familien mit Beiträgen für Material und Ausgaben für schulbegleitende Veranstaltungen aber doch auch belastet. Außer den Zuweisungen für den Lehr- und Verwaltungsbetrieb der Schulen sind auch Direktausgaben vorgesehen, wobei die Grundausstattung und die Ausstattung der Schulen mit neuen Technologien immer noch im Vordergrund stehen. In diesem Bereich sind auch die eigenen Tätigkeiten für die Begabtenförderung, Schülerbewerbe und andere Unterstützungen der Schulen zu erwähnen.

Der Aufbau der Sprachenzentren wird durch das Pädagogische Institut weiter fortgesetzt. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund ist deutlich ansteigend. Dieser Trend wird in den kommenden Jahren anhalten. Zusätzlich zu den genehmigten

Stellen für die Sprachenzentren sind 300.000 Euro für Beauftragungen an Externe im Haushalt 2009 vorgesehen.

Was die ladinischen Schulen und Kindergärten betrifft, so ist die progressive und systematische Umsetzung der neuen Landesrichtlinien zur Erstellung des Kurrikulums, durch Mitbeteiligung aller betreffenden Erziehungsstellen, vorgesehen. Es handelt sich um einen langwierigen und umfassenden Prozess, der insbesondere die Selbstaktivierung des Schulpersonals voraussetzt.

Weiterhin soll der Förderung der ladinischen Sprache und Kultur große Aufmerksamkeit gewidmet werden, sowohl was die Unterstützung der freien Vereinstätigkeit, wie auch die Forschungsarbeit des Ladinischen Kulturinstituts so wie die Förderung der ladinischen Literatur, Musik und bildenden Kunst betrifft. In diesem Zusammenhang soll eine erneute Anstrengung zugunsten der Bereicherung des ladinischen Repertoires im Liedgut und im Theaterwesen unternommen werden.

Mit dem Haushaltsansatz von 18,00 Millionen Euro, das sind fast 2 Millionen Euro weniger als im Jahr 2009, sollen auch 2010 wichtige Ziele des Sports der ca. 1600 Gesuchsteller in den Bereichen Tätigkeit, Veranstaltungen, Kurse, Geräte und Anlagen gefördert werden. Die bereits gut ausgestatteten Sportstättenanlagen sollen an die heutigen Standards angepasst werden. Die zusätzlichen 11 Millionen Euro werden für den Bau des Trainingszentrums und des Fußballstadions für den FC Südtirol laut einem Beschluss des Landtages von 2008 zweckgebunden.

Neben der Abwicklung der Gesuche stellt die Beobachtung der Sportwelt eine der Aufgaben des Amtes für Sport dar. Dieses Wissen soll vermehrt durch geeignete Publikationen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Anfang 2010 werden die neuesten Daten zu den Sportvereinen vorgestellt. Weiters soll an einer ausführlichen Sportstättenstatistik gearbeitet werden.

Bei vielen Themen wie Gesundheit, Bildung, Integration und Prävention stellt der Sport ein wichtiges Medium dar. Ganz stark wird auch das Verhältnis Schule und Sportvereine in den Mittelpunkt von Diskussionen rücken. Bei all diesen Themen wird es zunehmend wichtig, strukturenübergreifend und vernetzt zu arbeiten.

Mit dem Jahr 2010 beginnt ein neuer 4 – Jahreszyklus der Zusammenarbeit mit den CONI, welcher mit der Unterzeichnung eines Einvernehmensprotokolls geregelt wird.

Damit wird sichergestellt, dass auch in Zukunft Gelder des Nationalen Olympischen Komitees für ein Sportstättenprogramm in Südtirol zur Verfügung stehen. Mit Sorgfalt werden auch die legislativen Entwicklungen auf Staatsebene verfolgt, wo verschiedene neue Entwicklungen im Bereich des Breitensports mit einer Stärkung der Kompetenzen der Region und autonomen Provinzen anstehen.

Trotz knapperer Finanzmittel ist es gelungen, mit den Verantwortlichen des Südtiroler Gemeindenverbandes für 2010 einige Schwerpunkte für wichtige Bauten zu setzen. Die meisten Mittel werden für Schul- und Kindergartenbau eingesetzt, das sind Strukturen, auf deren Realisierung größter Wert gelegt wird. Die Projekte für Trinkwasser und Abwasser können weitergeführt werden. Für die Errichtung von Alten- und Pflegeheimen werden ebenfalls Mittel bereitgestellt.

Im Sinne des Artikels 48 des Landesgesetzes Nr. 1/2009 wird die Sanierung des Pferderennplatzes in Meran in Angriff genommen. Dieses Projekt ist nicht nur wichtig für Meran und die Umgebung, sondern dieses Vorhaben hat für den gesamten Pferderennsport auch nationale Bedeutung.

Die Hauptstrecken der Fahrradwege und –routen werden mit Jahresende 2010 größtenteils fertig gestellt sein und auch der Ausbau von einigen Nebenstrecken kann ins Hauptprogramm aufgenommen und finanziert werden.

Der Einsatz dieser Geldmittel ist durchaus gerechtfertigt, wenn man sieht, wie die Fahrradwege von Touristen und Einheimischen gleichermaßen angenommen werden.

Die Gewährleistung der Zwei- und Dreisprachigkeit in der öffentlichen Verwaltung und Körperschaften, die öffentliche Dienste erbringen, ist nicht nur eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung unserer Autonomie, sondern auch eine große Herausforderung in der konkreten Umsetzung. Die Klagen im Zusammenhang mit den Verletzungen des Rechtes auf Gebrauch der deutschen Sprache sind weiterhin zahlreich und betreffen insbesondere die staatliche Verwaltung, die Gerichtsbarkeit sowie die Konzessionsunternehmen, welche laut den Durchführungsbestimmungen, ebenso hierzu verpflichtet sind, wenn auch mit unterschiedlichen Organisationsformen. Mein Einwirken auf die entsprechenden Behörden und Körperschaft über schriftliche Anfragen und Verweise hat in der Vergangenheit gute Früchte getragen und bleibt so weiterhin ein maßgebliches Instrument zur Einforderung dieses Rechtes. Dies gilt auch für die

Finanzverwaltung, welche aufgrund dieser Eingaben die Dokumentation und Information in deutscher Sprache weitgehend ergänzt hat. In Zusammenarbeit mit der lokalen Agentur für Einnahmen werden nun weitere Schritte in diese Richtung gesetzt und zwar die Bereitstellung der deutschsprachigen Programme für die Online-Übermittlung der Steuerklärungen und somit die Vervollständigung der deutschsprachigen Dokumente und Verfahren für die Steuermeldung von Seiten der Bürger. Auch die Vordrucke und Unterlagen für die Einzahlung der Enpals-Sozialabgaben sollen im kommenden Jahr dank der gemeinsamen Bemühungen und Interventionen in deutscher Sprache bereitgestellt werden. Damit die Bürger jedoch ihre Rechte, insbesondere auch in Gerichtsverfahren, geltend machen können, ist es notwendig sie ausreichend darüber zu informieren, auch hinsichtlich der Rechtsmittel, die bei Nichtbeachtung der Rechte zur Verfügung stehen. Dies wird weiterhin durch die zuständigen Dienste des Präsidiums erfolgen, deren Informationstätigkeit durch geeignete Dokumentation und durch die Ergänzung der Internetseiten unterstützt werden soll.

Auch wenn wir uns auf Verwaltungsebene auf die Abänderungen des DPR. 752/1976, und somit auf die Anerkennung anderweitiger Diplome für den Nachweis der Kenntnis der deutschen und italienischen Sprache einstellen, bleiben für uns die Zwei- und Dreisprachigkeitsprüfungen ein unverzichtbares Instrument für die erfolgreiche Umsetzung unserer Autonomie. Wir setzen somit weiterhin alles daran, um die Verfahren und Methoden zur Feststellung der Zwei- und Dreisprachigkeitskenntnisse zu optimieren und werden daher im Bezugsjahr ein Projekt zur Evaluierung der aktuellen Prüfungsmodalitäten und zur wissenschaftlichen Betreuung der Prüfungskommissionen durchführen. Gleichfalls wird die Anzahl der Prüfungskommissare ergänzt, damit durch die ausreichende Verfügbarkeit von Kommissarinnen und Kommissaren die zügige Abwicklung der Prüfungen und die Verkürzung der Wartezeiten für die Kandidatinnen und Kandidaten gewährleistet wird. Nach Abwicklung der erwähnten wissenschaftlichen Betreuung und Vorliegen der entsprechenden Untersuchungsergebnisse werden die Kriterien für die Abnahme der Prüfungen den erhobenen Erfordernissen angepasst. Dabei wird weiterhin eine weitgehende Annäherung an den international anerkannten europäischen Referenzrahmen für die Bewertung der Sprachkompetenzen angestrebt.

Der Verbraucherschutz ist insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise ein wichtiges Anliegen. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass sinkende Einkommen und eine

nachlassende Konjunktur gerade die Verbraucher belasten. Deshalb wird auch im kommenden Haushaltsjahr die Tätigkeit der Verbraucherzentrale Südtirol von Seiten des Landes unterstützt. Die Unterstützung für die Verbraucherzentrale erfolgt dabei auf mehreren Ebenen, nicht nur durch die Gewährung eines Beitrages zur Durchführung der Tätigkeit, sondern auch durch die unentgeltliche Überlassung landeseigener Büroräumlichkeiten in der Brenner- und Zwölfgreinerstraße, deren Konzession im Jahr 2009 verlängert wurde. Ebenso werden die vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung alljährlich den Regionen und autonomen Provinzen zur Verfügung gestellten Geldmittel für Verbraucherschutzprojekte für die Tätigkeit der Verbraucherzentrale Südtirol verwendet und kommen somit uneingeschränkt der Verbraucherzentrale zugute. Hinzu kommt auch die alljährige Förderung in Höhe von 100.000,00 € der grenzüberschreitenden Beratungsstelle Eurokons, welche Teil der Verbraucherzentrale ist. Wenn auch der Beitrag der Verbraucherzentrale in dem aufgrund der Budgetreduzierung erforderlichen Mindestausmaß gekürzt werden musste, so soll dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mittel für den Verbraucherschutz insgesamt beinahe gleich geblieben sind. Erhöht wurden nämlich die vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung bereitgestellten Ressourcen, sowie auch die direkte Ausgaben für Informationsveranstaltungen zu Gunsten der Verbraucher, wobei diese letztlich immer für die Tätigkeit der Verbraucherzentrale Südtirol bereitgestellt werden. Die Landesregierung wird auch in Zukunft die Aktivitäten der Verbraucherzentrale unterstützen, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern unseres Landes eine bewusste Entscheidung in ihrem Konsumverhalten zu erleichtern, denn nur ein informierter Konsument ist auch ein mündiger Konsument.

Unser Beitrag zur weltweiten Armutsbekämpfung und zu einer gerechten Gestaltung der Globalisierungsprozesse soll auch im künftigen Jahr nicht verringert werden. Es geht dabei nicht nur um ethische und moralische Verpflichtungen gegenüber jenen, die im Süden der Welt völlig benachteiligt sind, sondern auch um eine Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Viele Probleme und Herausforderungen sind heute nur mehr auf globaler Ebene zu lösen und Konflikte und extreme Armut gefährden letztendlich immer stärker unsere Sicherheit und unseren Wohlstand und somit leisten wir über unsere Entwicklungszusammenarbeit auch einen kleinen Beitrag zur Sicherung unserer Zukunft. Das Land Südtirol unterstützt zahlreiche Projekte und Programme in unseren vorrangigen Zielländern, insbesondere in Afrika und Lateinamerika. Die Stärkung von territorialen und

bereichsbezogenen Partnerschaften wird auch künftig die wichtigste Strategie der Entwicklungszusammenarbeit des Landes sein. Aufgrund der zahlreichen Entwicklungsprojekte des Landes in Uganda und der medizinischen Zusammenarbeit zwischen dem Sanitätsbetrieb Bozen und dem Lacor Hospital hat das Land Südtirol nun die Zusammenarbeit mit dem Bezirk Gulu durch eine neue Vereinbarung zu einer neuen fünfjährigen Partnerschaft ausgebaut. Ziel des Partnerschaftsprogrammes ist es, einen Beitrag in den Bereichen Berufsausbildung, Gesundheit, landwirtschaftliche Entwicklung, wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz zu leisten und somit zur Umsetzung der Millenniums- Entwicklungsziele in Uganda beizutragen.

Weiters haben die Landtage von Südtirol, Tirol und Trentino beschlossen, die Rolle der Euregio im Bereich Entwicklungszusammenarbeit zu vertiefen. Die einzelnen Länder haben sich für ein grenzüberschreitendes Programm in Uganda und Tansania entschieden. Der gemeinsame Einsatz Nord-Südtirols und des Trentino soll in den Grenzregionen Masaka und Rakai (Uganda) sowie in Kagera (Tansania) erfolgen. Der grenzüberschreitende Charakter des Vorhabens ist, neben den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren der betreffenden Bezirke, einer der wesentlichen Gründe für die Auswahl dieses Zielgebietes.

Ferner wird die bereits bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich mit Burkina Faso wird im nächsten Jahr in Zusammenarbeit mit der FAO vertieft. Neue EU Programme im Bereich der regionalen Entwicklungszusammenarbeit werden im künftigen Jahr ausgearbeitet, mit dem Ziel, diese Partnerschaften zu verstärken und die Wirksamkeit der Entwicklungsmaßnahmen zu erhöhen.

Die Würdigung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger im Dienste der Gesellschaft ist ein wichtiger und zentraler Tätigkeitsbereich für die Verwaltung. Aus diesem Grund sollen trotz begrenzter finanzieller Ressourcen die Informationstätigkeit im Interesse der Vereinsarbeit und die Anstrengungen im Bereich der Weiterbildungsangebote für die ehrenamtlich Tätigen verstärkt werden. Für den Bereich Ehrenamt ist geplant, die Beratung und Betreuung der Vereine und Stiftungen, die in die verschiedenen Landesverzeichnisse eingetragen sind, fortzusetzen und das Fortbildungsangebot im Bereich Vereins- und Non Profit- Management auszubauen. Insbesondere die Beratung in steuerrechtlichen Belangen soll verstärkt werden, um den ehrenamtlichen Vereinen bei der Bewältigung der gesetzlichen Neuerungen in diesem Bereich eine konkrete Hilfestellung zu bieten. Für den freiwilligen Sozialdienst für

Erwachsene und Senioren und auch für den freiwilligen Zivildienst für junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren sind Aktualisierungen des entsprechenden Informationsmaterials und Informationskampagnen geplant, um diese Dienste südtirolweit besser bekannt zu machen. Trotz der Reduzierung der dafür zur Verfügung stehenden Gelder werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den freiwilligen Sozialdienst weiter auszubauen. Für den freiwilligen Zivildienst ist auf nationaler Ebene eine Reformprozess eingeleitet worden, in dem es gilt, die Erfordernisse des Landes in diesem Bereich geltend zu machen, um den Dienst weiter auszubauen.

Im Bereich Personal laufen die Gehaltsverhandlungen für die Jahre 2009 und 2010. Sie betreffen das Personal des Landes, inbegriffen jenes aller Schulen, des Südtiroler Sanitätsbetriebes und der Gemeinden. Da mit dem Abschluss dieser Verhandlungen nicht innerhalb 2009 zu rechnen ist, müssen die entsprechenden Finanzmittel für beide Jahre im Haushalt 2010 eingeplant werden.

Die Erhöhung der Gehälter um einen Prozentsatz belastet den Landeshaushalt jährlich um ca. 15 Millionen Euro. Die geplante Erhöhung von 1% ab 1.7.2009 belastet den Haushalt 2010 (für 1 ½ Jahre) um 22 Millionen Euro, wobei ein eventueller Inflationsausgleich für 2009 und die Gehaltserhöhungen für 2010 noch hinzukommen können.

Die aufgrund der vielen auf das Land übergegangenen personalintensiven Zuständigkeiten wie Straßeninstandhaltung, Lehrpersonal der Grund-, Mittel- und Oberschulen, haben die Personalkosten in die Höhe getrieben. Es ist Ziel der Landesregierung, die ausufernde Bürokratie im Lande einzuschränken und die damit verbundenen Personalkosten zu reduzieren. Seit über einem Jahrzehnt verfolgt die Landesregierung zudem das Ziel, durch leistungsorientierte Lohnelemente die Verwaltung effizienter zu machen. Auch dieser Weg wird konsequent weiter verfolgt.

Die staatliche Personalreform ist der Anlass, um auch für das Landespersonal ein neues, umfassendes Personalreformgesetz auszuarbeiten und dem Landtag vorzulegen.

JUGENDBERICHT

Das Landesgesetz zur Förderung der Jugendarbeit in Südtirol sieht vor, dass die zuständigen Landesräte jährlich im Rahmen der Haushaltsdebatte dem Landtag einen Bericht über die Initiativen und Maßnahmen vorzulegen haben, die im Sinne des LG 13/83 gefördert wurden.

Dies der Bericht über die Förderungsschwerpunkte der Jugendarbeit der deutschen und ladinischen Sprachgruppe .

Für eine gute Entwicklung des Engagements für und von Jugendlichen braucht es gute Rahmenbedingungen. Niemand kann von der kommenden Generation mehr erwarten, als er in sie investiert hat. Südtirol verfügt heute – auch im europaweiten Vergleich – über ein einzigartiges Netzwerk an Strukturen der Jugendarbeit, die eine breite Mitwirkung von Jugendlichen ermöglichen bzw. die eine wichtige Begleitung für Jugendliche sicherstellen. Die dafür aufgebrachten ca. 6 Millionen Euro aus dem Jugendbudget des Landes bilden - im Verbund mit den von den Gemeinden bereitgestellten Mitteln - die finanzielle Basis. Das ideelle Rückgrat sind die vielen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, die im Zusammenwirken mit den hauptberuflichen Fachkräften ein für immer mehr junge Menschen unverzichtbares soziales und kulturelles Lernfeld verantworten.

Aber auf der anderen Seite werden genau diese Vereine und deren MitarbeiterInnen von Jahr zu Jahr mehr mit rechtlichen und bürokratischen Belangen in ihren Bewegungsspielräumen eingeschränkt. Unklare steuerrechtliche Bestimmungen, fragwürdige Regelungen des Arbeitsschutzes und sittenwidrige Haftungsfragen erschweren massiv die Existenz der freien Träger der Jugendarbeit. Denn diese Normen sind allesamt an der gewerblichen Wirtschaft orientiert, sie nehmen keinerlei Rücksicht auf die absolut besondere und einzigartige Landschaft der Vereine und Organisationen. Hier bedarf es einer Neuorientierung.

Für die Zukunft sind folgende Punkte für besonders wichtig:

Es gilt faschistische Geisteshaltungen und Überzeugungen als nicht mehr verantwortbar festzumachen. Menschenfeindliche Positionen können in jeder Demokratie nicht toleriert werden. Da wo Grenzen überschritten werden, muss das auch bewusst gemacht werden.

Es ist ein Bewusstsein zu schaffen, für Zuversicht, Mut und Widerstand gegen Populismus und zynischen Opportunismus und für das Erkennen von Chancen. Gerechtigkeit, Optimismus, Solidarität, Integration und Freiheit brauchen wir. Engagement für eine Zukunft getragen von sozialen Netzwerken, weg vom quantitativen Wachstum hin zur Lebensqualität.

Einer gesellschaftspolitische Entwicklung, die auch dazu beiträgt, dass Abhängigkeiten und Depressionen ansteigen, ist die Vision eigenständiger Menschen gegenüberzustellen, die miteinander im Dialog, getragen von wechselseitiger Wertschätzung, mit Zuversicht Gegenwart und Zukunft mit gestalten.

Die Jugendarbeit in italienischer Sprache bemüht sich, trotz der erfolgten Kürzung der finanziellen Mittel, für eine gründlichere und weitere Anwendung des einschlägigen Landesgesetzes. Vor allem in Zusammenarbeit mit den in unserer Provinz tätigen Verbänden hat sie verschiedene Initiativen hinsichtlich der Ausbildung und der Information der Jugendlichen auf kulturellem, sozialem, ethischem und ökologischem Gebiet und auf anderen Gebieten, die für die Jugendlichen von Interesse sind, verwirklicht. Außerdem hat sie Initiativen zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden der drei Sprachgruppen vorgeschlagen, um die Art der für die Jugendlichen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Kenntnis der gegenseitigen Kulturen zu verbessern.

Zum Zweck der Planung wird man die Ergebnisse der letzten Jugendstudie über die kulturellen Interessen der Jugend aufmerksam betrachten, um den Erwartungen der Jugendlichen auch durch Erneuerung der Angebote der Vereine und Jugendzentren besser entsprechen zu können. Diese sollen sich vor allem an den Zielen politischer Bildung, dem Zugang der Jugendlichen zu künstlerischen und kulturellen Meisterwerken und deren Beteiligung an den kulturellen Prozessen sowie der Förderung von Talenten orientieren.

Im Jahre 2010 werden insgesamt 80 Einrichtungen und Jugendverbände finanziert, die sich mit den italienischsprachigen Jugendlichen auf verschiedenen Ebenen beschäftigen.

Vorrangig ist die Finanzierung des Personals in den Jugendzentren. Der Animateur spielt nämlich eine immer wesentlichere Rolle für den regelrechten Ablauf der Tätigkeit der Jugendzentren und vor allem für die Qualität der angebotenen Dienste.

Demzufolge werden die Projekte eine weite Aufmerksamkeit genießen, welche die Aus- und Weiterbildung der Erzieher und Animateure vorsehen.

Mit besonderer Achtung werden all jene Initiativen unterstützt, die den direkten Einsatz der Jugendlichen im Bereich der Kultur, der Bildung, des Sozialen und der Freizeit vorsehen.

Auf diesem Gebiet zählt man auch die von den Jugendvereinen in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Jugendarbeit geförderten Initiativen zur Schaffung von Formen der Zusammenarbeit und des direkten Einsatzes von Jugendlichen und deren Vereinen.

Es werden besonders die Erfordernisse, Interessen und Notwendigkeiten der Jugendlichen beachtet, damit sie der demokratischen Organisation unseres Landes ihren direkten Beitrag leisten.

Endlich werden die Projekte in Abkommen mit der Staatsanwaltschaft der Jugend fortsetzen, die von der Landesregierung mit Beschluss vom 22. Oktober 2007, Nr. 3534 schon ermächtigt worden sind und deren Programme schon im APQ ausführlich beschrieben worden sind.